

Dokumentation

63. Sitzung des Stadtforums Berlin am  
16. Mai 1997

## **Planwerk Innenstadt II**

### **Kontakt**

Stadtforum Koordinationsbüro E-Mail  
[info@stadtforum-berlin.de](mailto:info@stadtforum-berlin.de)

## Inhaltsverzeichnis

Programm des 63. Stadtforums

Protokoll des 63. Stadtforums

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

Peter Strieder: Planwerk Innenstadt - Strategie oder Provokation?

Bruno Flierl: Zwischen DDR-Moderne und Planwerk - Inszenierungen in Mitte

Manfred Zache: Stadterneuerung in Ost-Berlin - Erfahrungen für das Planwerk

Anneliese Neef: Großstädtische Lebensweisen aus Bewohnersicht

Bernd Hunger: Aneignung und Wahrnehmung des Stadtraums - vier Beispiele

Anlage 1 Die Ziele des Planwerks

Anlage 2 Adressen der Referenten

Anlage 3 Peter Meyer: Erläuterungen zum Gutachten Karl-Marx-Allee

Anlage 4 Norbert Kottmann: Gedicht „Geliebte Berlin“

Anlage 5 Artikel aus DER TAGESSPIEGEL vom 18. Mai 1997

Berlin, im Juni 1997

## Programm des 63. Stadtforums

Der Vorentwurf des Planwerks Innenstadt - im November 1996 erstmals einem breiten Publikum vorgestellt - hat sehr zwiespältige Reaktionen hervorgerufen. Die erste Welle der öffentlichen Kritik ist nun von einem interessierten Abwarten auf den zweiten Entwurf abgelöst worden. Einer der zentralen Ausgangs- und Kritikpunkte ist dabei das Verhältnis zur Geschichte. Inwieweit kann durch ein Anknüpfen an Traditionen die Identität einzelner Orte gefestigt werden, ohne dabei die historischen Ereignisse zwischen 1945 und 1989 zu verleugnen? Und inwieweit wird dies den Nutzeransprüchen und Raumerfahrungen in der Stadt gerecht?

Die 63. Sitzung des Stadtforums tritt bewußt in den öffentlichen Dialog mit den Kritikern des Planwerks. Gemeinsam soll nach einem Konsens gesucht werden, der als Basis für die weitere Debatte dient. Die Lenkungsgruppe des Stadtforums möchte damit ein „Signal der offenen Planung“ setzen, um das Planwerk als Chance für die Berliner Stadtentwicklung zu qualifizieren.

### **Peter Strieder,**

Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie „Zum Verfahren des Planwerks Innenstadt - ein Zwischenfazit“

**Dr. Bruno Flierl,** Architekturkritiker, Berlin „Zwischen DDR-Moderne und Planwerk - Inszenierungen in Berlin-Mitte“

Diskussion

**Manfred Zache,** Architekt, Berlin „Die Bedeutung des historischen Stadtgrundrisses in Ost-Berlin“

**Dr. Anneliese Neef,** Kulturwissenschaftlerin, Berlin „Großstädtische Lebensweisen aus Bewohnersicht“

**Dr. Bernd Hunger,** Stadtplaner und Soziologe, Berlin „Aneignung und Wahrnehmung des Stadtraums - vier Beispiele“

**Peter Meyer,** Architekt, Zepernick „Königsvorstadt oder Karl-Marx-Allee n. Bauabschnitt?“

Diskussion Moderation: Prof. Dr. Rudolf Schäfer, TU

Berlin

## Protokoll des 63. Stadtforums

63. Stadtforum am 16. Mai 1997 im ehem. Staatsratsgebäude,  
Schloßplatz 1, 10178 Berlin-Mitte, Fest-Saal

Beginn: 14.00 Uhr Ende:  
19.30 Uhr

Anwesende: ca. 350 Personen

**Rudolf Schäfer** begrüßte die Anwesenden und wies auf die Signalwirkung dieses Stadtforums hin, wonach vor allem die Kritiker des Planwerks zu Wort kommen sollten. Ziel sei es, das Planwerk als Teil der Berliner Stadtentwicklung zu qualifizieren. Die Dramaturgie sehe vor, Senator Strieder einleitend zu Wort kommen zu lassen. Danach sollten Ost-Berliner Planer ihre Kritik am Planwerk äußern können.

**Peter Strieder** wies in seiner Rede auf die Komplexität des Planwerks hin. Es gelte, neben verkehrspolitischen Zielen auch gesellschaftspolitische Ziele (etwa die Förderung von Wohneigentum in der Innenstadt) zu formulieren. Auf die bisher geäußerte Kritik am Planwerk reagierte Strieder mit Unverständnis. Das Angebot zu einem Dialog sei von vielen als Verschwörung interpretiert worden. Es gelte, gemeinsame Lösungen zu finden. Dies gelte auch für die Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Dort gelte es, eine politische Mehrheit für diese Strategie zu finden.

**Bruno Flierl** ging auf die Vorbereitungen des Stadtforums ein. Es sei geglückt, bereits bei den Treffen im Vorfeld in einen Dialog mit den Initiatoren des Planwerks zu treten. Flierl betonte, daß er nicht als betroffener Ost-Berliner sondern als engagierter Kritiker auf dem Podium säße. Kritisch fragte er in die Runde, was die Planverfasser bislang aus dem Prozeß gelernt hätten. Diese Antwort seien sie noch schuldig geblieben. Es sehe daher die Gefahr, daß der Vorentwurf unverändert bleibe. Außerdem suggerierte die Darstellung, daß die Bilder logischerweise aus den Texten abzuleiten seien. Flierl wies daher auf das Problem hin, daß Schreiber und Zeichner identisch seien. Besser wäre es, dies zu trennen. Das Planwerk thematisiere den dialogischen Stadtumbau. Es sei jedoch nur eine Möglichkeit, sich am alten Stadtgrundriß zu orientieren. Alternativen müßten zugelassen werden. Wenn das Planwerk wirklich eine Provokation ist, dann sei es so nicht zu gebrauchen. Schließlich existierten bereits Bilder. Eine Strategie könne es auch nicht sein, weil die Ziele der Strategie bereits vorweggenommen würden. Man benötige vielmehr provokatorische Zielsetzungen und strategische Handlungsleitlinien. Abschließend forderte Flierl, daß der Osten nicht schon wieder blühende Stadtlandschaften aus dem Westen brauche.

**Rudolf Schäfer** gab die erste Diskussion und Rückfragenrunde frei.

**Volkmar Strauch** fragte, inwieweit die Diskussion schon begonnen habe. Es seien schon so viele Veranstaltungen zum Planwerk gelaufen - Was sei die Quintessenz?

**Peter Strieder** antwortete, daß die Quintessenz in der Leitbildsuche liege. Es fehle nun noch die Auseinandersetzung mit den einzelnen Orten. Die Verwaltung habe mit den Planungswerkstätten begonnen, die einen besonderen Planungsdruck vorgäben. Es habe sich aber gezeigt, daß der Zeitplan nicht einhaltbar sei. Das Marx-Engels-Forum sei auch noch nicht in der Abstimmung, da hier kein akuter Handlungsbedarf bestehe.

**Volkmar Strauch** wies auf den Gegensatz hin, daß einerseits Bilder gezeigt würden, andererseits Wohneigentum als Alterssicherung propagiert werde. Wie passe dies zusammen? Außerdem seien die Bilder teilweise willkürlich gewählt. Neue Straßenraster seien ohne historisches Vorbild entwickelt worden.

**Frank Rothe** wies noch einmal auf den Dissens von Text und Bild hin, auf den bereits Bruno Flierl hingewiesen hatte. Gerade zwischen Alex und Palast der Republik zeige sich die Unsicherheit der Verfasser. Die Zeitachse der Abstimmung müsse daher gestreckt werden.

**Wolfgang Kil** konstatierte, daß sich Strieder lediglich gerechtfertigt habe. Woher komme auf einmal der Inhalt, den das Planwerk bislang noch nicht thematisiert habe? Warum werde das Planwerk nun auch mit der Diskussion um die Mieter- oder Eigentümerstadt aufgeladen? Dieses Thema sei eine gesellschaftliche Frage und dürfe nicht zu schnell angegangen werden. Auch sei der Umbau der Arbeitsgesellschaft kein Thema des Planwerks. Wenn die Stadt wirklich allen gehöre, treffe dies auch für die Friedrichstraße und den Alexanderplatz zu?

**Michael Cramer** forderte, daß die Zwischenbilanz auf allgemeiner Ebene bleiben müsse. Er nannte die Diskussion um die Verlängerung der Linden (Tram-Allee) als Beispiel, wie das Planwerk bereits in die aktuelle Stadtplanung eingreife.

**Harald Bodenschatz** kritisierte, daß die Planungswerkstätten nicht öffentlich seien. Auch würde der Eindruck vermittelt, daß es sich die Kritiker zu einfach machten. Dies treffe nicht zu.

**Karin Baumert** kritisierte die Rede Strieders als zu patronal. Es gehe nicht um gesellschaftsphilosophische Interessen. Was sei das eigentliche Ziel des Planwerks?

**Florian Mausbach** äußerte einige kritische Anmerkungen. Anerkennend nannte er Stimmanns Bemühungen um eine Berlinische Architektur, die eine intensive Debatte um die Identität der Stadt ausgelöst habe. Ordnungssysteme zu entwickeln sei richtig, aber beschränke sich das Planwerk nicht zu sehr auf die städtebaulichen Ziele? Eine Dimension der Planung fehle noch: die Freiheit. Warum werde immer nur in Traufhöhen gedacht?

**Hildebrand Machleidt** äußerte seine ersten Erfahrungen aus der Moderation der Planungswerkstätten, die nicht so schnell wie geplant in Gang gekommen seien. Erst zwei Bereiche würden bearbeitet werden: das Kulturforum und der Molkenmarkt. Die Werkstätten setzten sich jeweils aus 30 bis 40 Personen (engste Betroffene) zusammen. Das vorläufige Ergebnis solle jeweils in das Planwerk eingearbeitet werden. Danach könne erneut öffentlich diskutiert werden.

Meinungsdifferenzierung fange dort an, wo Bilder eingesetzt würden. Die Verfasser hätten nun die Pflicht, die Bildervielfalt zu erweitern. Machleidt bittete um Verständnis, daß dieser Prozeß wahrscheinlich noch bis Mitte 1998 laufen werde.

**Martin Wimmer** zeigte sich resigniert. Der Abschied von der autogerechten Stadt falle immer schwer. Doch sei vor allem in dieser Frage die Zusammenarbeit zwischen SenStadtUmTech und SenBauWohnV gefordert, die derzeit allerdings nicht zu erkennen sei.

**Ida Schillen** lobte die neue Sitzordnung des Stadtforums, die endlich auch einen Dialog möglich mache. Wenn Strieder von Gesellschaftspolitik rede, was meine er mit dem Begriff der Stadtbürgerschaft?

**Werner Orlowsky** nannte vier Punkte, die ihm in der Diskussion aufgefallen seien, 1. Man müsse sich Zeit zur Diskussion lassen. 2. Die Begrenzung der Planungswerkstätten auf 40 Personen sei in Ordnung, wenn auch die Anwohner einbezogen würden. 3. Man müsse die Frage noch beantworten, wem die Stadt gehöre. 4. Die Idee von der Parzellenbildung sei die Idee von Dieter Hoffmann-Axthelm.

**Dieter Frick** zeigte sich entsetzt darüber, daß man den städtebaulichen Raum nicht wie wertvolles Gold bewerte. Denn die Freiräume seien der eigentliche Schatz der Innenstadt.

**Rudolf Schäfer** wies als Moderator darauf hin, daß das Verfahren des Planwerks nun hinreichend debattiert worden sei. Man müsse sich nun der Perspektive der stadtwirtschaftlichen Realisierung hinwenden.

**Peter Strieder** wies auf die eigentlichen Aufgaben der Politik im Zusammenhang mit dem Planwerk hin. Es gelte, eine Leitbild-Diskussion anzustoßen, Meinungen zu bündeln, für Akzeptanz zu sorgen. Es gelte nicht, Bilder zu malen oder ein Eigentumsprogramm nur für Reiche anzutreten. Außerdem lebe eine Großstadt immer von der Zuwanderung. Er wies auf die Veranstaltungsreihe Stadtprojekte hin, die auf einer konkreteren Ebene Ziele des Planwerks diskutiere. Derzeit sei noch keine Mehrheiten für das Planwerk erkennbar.

**Bruno Flierl** dankte für die Unterstützung seiner These, daß die Personalunion von Textverfassern und Bildermalem des Planwerks problematisch für die Alternativenentwicklung sei. Es würde nicht das städtebauliche Großmodell diskutiert, sondern einzelne Vertiefungsbereiche. Wenn es keine Bild-Alternative gebe, bestehe die Gefahr, daß die Bilder in den Köpfen verstarren.

**Hans Stimmann** verteidigte das Planwerk und betonte, daß keine Entscheidung willkürlich gefällt worden sei. Das Planwerk suche bewußt den Dialog mit der existierenden Geschichte. Alles, was baulich vorhanden sei, werde akzeptiert. Darüber hinaus würden Funktionen einbezogen, die die Gesellschaft brauche. Einzelne Bereiche erforderten ein schnelles Handeln.

**Rudolf Schäfer** zog ein erstes Zwischenfazit der Diskussion. Unbehagen sei über das Tempo der Debatte geäußert worden. Die Methode, Text und Bild zugleich zu diskutieren, sei stimmig. Zu prüfen sei allerdings, ob das Planwerk auf eine breit angelegte Gesellschaftsdebatte vorbereitet sei. Es sei zu begrüßen, daß Sozialutopie und Bild der Stadt entkoppelt seien.

Nach der Pause stellte **Manfred Zache** den Wandel der städtebaulichen Leitideen in der DDR dar, indem er einen historischen Rückblick auf die planerischen Visionen der vergangenen 30 Jahre gab. Das Leitbild habe sich vom Abriß zum Erhalt gewandelt - nicht zuletzt auch wegen der Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Materialknappheit. Drei Viertel der Ost-Berliner wohnten seinerzeit in Altbauten. Das Planwerk kritisierte er, da Konzepte zur Beglückung der Stadtbevölkerung immer fatale Folgen für die Bewohner gehabt hätten. So etwa habe sich das Leitbild der Ostberliner Stadtplaner 1966 in nichts von heutigen Erkenntnissen unterschieden. Ein Ausufer der Stadt in die Landschaft solle vermieden werden, Arbeiten, Wohnen und Kultur zusammengeführt werden. Zache erläuterte Planungen zur Bebauung der Fischerinsel und zur behutsamen Stadterneuerung in Prenzlauer Berg. Das eigentliche Problem des Planwerks liege nicht in den theoretischen Zielen, sondern in der Tatsache, daß es in Hinterzimmern ausgekugelt wurde.

**Anneliese Neef** faßte aus Sicht einer Kulturwissenschaftlerin die Gedanken zusammenfassend. Die Präsentation des Planwerks im November 1996 sei ohne Bürger und ohne Frauen erfolgt. Dies habe sie betroffen gemacht. Ebenso betroffen sei sie jedoch auch durch die von den Kritikern vorgetragene Ästhetisierung der DDR-Moderne gewesen. Identität lasse sich nicht diktieren. Man müsse von den Stadtplanern vielmehr fordern, daß sie Antworten auf Fragen nach der postindustriellen Gesellschaft formulierten. Es gebe immer weniger Industrie, dafür um so mehr Heimarbeit und Arbeitslosigkeit.

**Bernd Hunger** forderte von den Planwerk-Verfassern, daß sie sich die Stadt genauer angucken sollten; dann erst dürften sie weiterplanen. Nachfolgend zählte Hunger vier Orte in der Innenstadt auf, die sich in den vergangenen Jahren entschieden verändert hätten. An das Publikum gerichtet fragte er nach den Erfahrungen, die jeder einzelne mit den jeweiligen Orten gemacht habe.

Am Checkpoint Charlie sei ein Ort von Weltbedeutung zugunsten eines barocken Stadtgrundrisses zugebaut worden. Am Lindencorso sei der öffentliche Raum zurückgebaut worden. Auch der Rückbau der Leipziger Straße habe einen bedeutenden Ort verändert. Denn die Breite der Straße habe durchaus den Charakter eines Boulevards gehabt. Der Alexanderplatz stelle nach Hunger einen Potentialraum dar. Es müsse gefragt werden, was jeder einzelne mit diesen Räumen verbinde.

Das vorhandene Grundprinzip des fließenden Großraums werde in der Mitte Berlin besonders bei einer Fahrt mit der S-Bahn deutlich. Es müsse ein Prüfauftrag vom Stadtforum erteilt werden, an welchen Stellen man dabei auf neue Stadträume treffe. Dann erst würde wohl auch der zusammenhängende Grünraum stärker ins Bewußtsein treten.

**Peter Meyer** forderte, daß lebendige Stadtteile vom „Dogma Planwerk“ befreit werden müßten. Die vorhandene Identität der Orte sollte gestärkt werden anstatt nach einer neuen Identität zu suchen. Dies treffe auf den Bereich um die Karl-Marx-Allee n. Bauabschnitt zu (ehemalige Königs vorstadt). Das Gebiet habe seine Ränder durch 8-bis 10-Geschosser definiert. Eine Verlängerung der Landsberger Allee würde diese Raumkomposition zerstören. Außerdem trage der Kontrast zwischen gründerzeitlichen Bauten und der DDR-Moderne zum speziellen Charakter des Quartiers bei. Meyer forderte, daß man endlich diese Qualitäten erkennen und akzeptieren solle.

In der anschließenden Diskussion stellte zunächst **Hans Stimmann** Fragen an alle Referenten. Wieweit müsse man zurückgehen in der Geschichte, um einen gemeinsamen Ansatz zu finden? Er bat um Akzeptanz, daß die Planwerker die Wirklichkeit ernst genommen und sich mit dem Ort und der Typologie beschäftigt hätten. Die Unterschiede lägen in der Frage nach der Geschichte der Orte. Scheinbar fange die Geschichte für die Planwerk-Gegner erst 1965 mit der Zerstörung weiter Teile der historischen Altstadt an. Geschichte werde bewußt negiert. Dies zeige sich allein schon der Begrifflichkeit, mit der einige Orte bezeichnet würden. Der Abriß werde akzeptiert, aber könne er als Grundlage für die Zukunft dienen? Wo liege die Zukunft der Gesellschaft? Dem Planwerk liege nicht die Vision eines modifizierten Sozialismus zugrunde, sondern der Abschied von der Mieterstadt. Auch wenn die Karl-Marx-Allee auf einem hohen architektonischen Niveau liege, sei sie ein Ausdruck von geschichtsverleugnender Planung.

**Volkmar Strauch** fragte, welche Priorität man den unterschiedlichen Schichten der Stadtgeschichte eigentlich gebe? Zur Strategie meinte er, daß die Erhöhung der Eigentumsquote ein zentrales Thema sei. Elf Prozent Wohneigentümer seien zu wenig.

**Luise King** kritisierte die Planwerker. Sie sollten sich schämen, weil sie keine Überarbeitung ihres Entwurfes gezeigt hätten. Die städtebauliche Verdichtung durch Wohnen sei jedoch zu begrüßen. Aber um welche Formen des Eigentums gehe es?

**Norbert Kottmann** meldete sich zu Wort und trug ein Gedicht vor. (siehe Anlage)

**Simone Hain** fragte, woher die Emotionalität in der Debatte komme. Es gehe nicht um die Verteidigung des DDR-Städtebaus. Es habe auch in der DDR eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte gegeben. Beispiele seien das Nicolai-Viertel und die „Linden“.

**Karin Baumert** meinte, es gehe nicht um die intellektuelle Frage, wie man mit Geschichte umgehe. Die Forderungen seien viel pragmatischer. Das Planwerk müsse fallengelassen werden, um sich ganz auf die Planungen am Alexanderplatz zu konzentrieren.

**Peter Strieder** merkte an, daß der Vortrag von Peter Meyer deutlich gemacht habe, daß man sich über das gesellschaftliche Bild unterhalten müsse. Zur Diskussion um die Königsvorstadt stellte er in Frage, ob diese Art der Bebauung wirklich innerstädtisch sei. Man werde aus ökonomischen Gründen den sozialen Wohnungsbau nicht weiter fördern können; deshalb müsse man Alternativen entwickeln. Das Planwerk eigne sich als Medium für diesen gesellschaftspolitischen Diskurs, der Arbeiten, Wohnen und die Qualität des öffentlichen

Raumes zusammenführe. Strieder regte an, die Planungswerkstatt zum Marienviertel jetzt schon anzugehen. Stadtentwicklung könne nicht losgelöst sein von der Gesellschaftsentwicklung. Er denke im übrigen nicht daran, die Diskussion über das Planwerk einzustellen.

**Peter Meyer**merkte zu Strieders Kommentar an, daß dieser Sehwinkel sehr einseitig sei. Zu dem skizzierten Gesellschaftsbild gehörten auch Arbeitslosigkeit, geringe Liquidität und die baldige Öffnung der Grenze zu Polen.

**Bernd Hunger** stufte die Debatte als sehr abstrakt ein. Mit der Vorstellung vom sozialen Gebrauch der Stadt komme man nicht weiter. Die Planwerker verträten eine einseitige Sicht. Es sei ihm bereits unangenehm, doch die Projektteams kämen ihm beinahe authistisch vor. Es wäre schön, auch mit den Projektteams zu diskutieren, doch die hätten sich nicht zu Wort gemeldet. Er äußerte die Sorge, daß mit der derzeitigen Konstellation kein Dialog entstehen könne.

**Anneliese Neef** merkte an, daß Geschichtsbewußtsein immer eine Standortbestimmung in der Gegenwart sei. In der Diskussion dürfe nicht nur die Raumästhetik im Vordergrund stehen sondern auch die Raumwahrnehmung.

**Manfred Zache** kritisierte, daß die Referenten wie eine „Ost-Front“ behandelt würden. Doch seien die Referenten als einzelne Individuen auf getreten. Zu den Planungen am Fischerkiez sagte er, er habe daraus gelernt, daß immer die jeweilige persönliche Situation zur Planungsgrundlage gemacht werde. Dies sei auch immer im Kontext der Zeit zu bewerten. Heute müsse man sich die Frage stellen, wie man mit dem umgehe, was vorhanden sei.

**Rudolf Schäfer** dankte den Diskussionsteilnehmern für ihre kontroversen Beiträge. Er hielt fest, daß es sich bei der 63. Sitzung des Stadtforums nicht um eine Alibi-Veranstaltung gehandelt habe. Die Kritik am bisherigen Verfahren müsse aber beendet werden. Grundsätzlich werde der planerische Ansatz für ein derart großes Gebiet (40 qkm) begrüßt. Wenn man genau hinschaue, gebe es doch mehr Konsens. Der Dissenz liege noch auf der operativen Ebene. Für das weitere Vorgehen gelte es, den Umgang mit der Geschichte auf beiden Seiten zu überdenken und auch gesellschaftspolitische Fragestellungen einzubeziehen, ohne das Planwerk allerdings zu überfordern.

Zusammenfassung: Philipp Meuser



## Empfehlungen der Lenkungsgruppe

Im Anschluß an die Sitzung faßte die Lenkungsgruppe des Stadtforums die Ergebnisse zusammen und formulierte die folgenden **Empfehlungen** an Senator Peter Strieder.

1. Die Diskussion zur „Zwischenbilanz“ hat gezeigt, daß eine intensive und kontroverse Debatte über das Planwerk Innenstadt möglich ist. Es ist gelungen, ein wichtiges Spektrum kritischer Einwände aus dem Ostteil der Stadt in grundsätzlichen wie in Einzelfragen konstruktiv in den Erörterungsprozeß einzubringen. Dieser Prozeß muß zügiger als bisher vorangebracht, die Transparenz des Verfahrens muß verbessert werden.
2. Der strategische und methodische Ansatz des Planwerks, nicht nur Leitlinien der Innenstadtentwicklung zu formulieren sondern diese zugleich mit bildhaften Aussagen zu konkreten Orten und Räumen zu konkretisieren, hat sich grundsätzlich bewährt. Erst über diese vielfach provokativ wirkenden räumlichen Aussagen ist eine breite, z.T. leidenschaftliche öffentliche Debatte entstanden. Es muß aber im weiteren Verfahren deutlicher herausgestellt werden, daß diese „Bilder“ keine endgültigen Planaussagen sondern Entwürfe und Diskussionsgrundlagen sind.
3. Die Zwischenbilanz hat die Notwendigkeit eines Planwerks Innenstadt bestätigt: Die vorhandenen Planungen zu Einzelbereichen müssen in ein gesamtstädtisch orientiertes Konzept integriert werden. Anstehende bauliche Maßnahmen und Veränderungen müssen auf ihre Stimmigkeit geprüft werden können. Insbesondere muß das Konzept der Innenstadtentwicklung den erkennbaren Wandel städtischer Funktionen aufnehmen und eine nachhaltige Entwicklung durch Funktionsmischung, Dichte und Verkehrsreduzierung ermöglichen.
4. Die Zwischenbilanz hat offengelegt, daß ein zentraler Dissens weiterhin in der Frage besteht, an welcher historischen Schicht sich die künftige Entwicklung des Stadtraums orientieren soll. Nach Auffassung der Lenkungsgruppe kann diese Frage nur differenziert für die einzelnen Teilräume der Innenstadt beantwortet werden. Eine einheitliche Vorgabe im Sinne einer Dogmatisierung stadträumlicher Strukturen einer bestimmten Entwicklungsphase der Stadt ist abzulehnen.
5. Erheblicher Aufarbeitungsbedarf besteht in der Frage, welchen Beitrag das Planwerk bei der Bewältigung des Wandels der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der städtischen Funktionen leisten kann. Instrumente wie das Planwerk müssen sich Fragen nach der Zukunft der Arbeit, dem Funktionswandel städtischer Räume, der Bedeutung neuer Medien stellen und Lösungsansätze im Bereich der Stadtentwicklung formulieren.
6. Aus Sicht der Lenkungsgruppe ergeben sich aus der Zwischenbilanz-Debatte die folgenden Anforderungen an das weitere Verfahren:
  - 6.1 Die von der Senatsverwaltung eingerichteten Planungswerkstätten müssen die Analytik der einzelnen Teilräume, wie sie durch das Planwerk vorgegeben werden, fachlich qualifizieren. Dies betrifft insbesondere das problematische Verhältnis von vorhandenem Bestand und historischer Orientierung. Die Qualitäten des Bestandes in sozialer,

stadträumlicher und kultureller Hinsicht müssen klarer als bisher herausgearbeitet und gewürdigt werden.

Die Planungswerkstätten dürfen nicht in den Maßstab der Einzelarchitektur verfallen.

- 6.2. Die Arbeit der Planungswerkstätten ist notwendig aber nicht ausreichend. Begonnen werden muß zugleich mit systematischen Arbeiten zur Frage der Umsetzung und der gesellschaftlichen Wirkungen des Planwerks: Zu klären ist insbesondere, wie die gesellschaftspolitischen Ziele des Planwerks angesichts der Stadt- und wohnungswirtschaftlichen, eigentumsrechtlichen und bodenpolitischen Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten realisierbar sind. Vor allem muß untersucht werden, in welchen Rechtsformen die neu zu schaffenden Wohnungsbaupotentiale zu einer Förderung des Eigentums für breite Schichten beitragen können. Eine exemplarische Klärung dieser Fragen für einzelne Teilräume erscheint dringlich.
- 6.3. Anzunehmen ist auch die Formulierung von Prioritäten zwischen den einzelnen Teilräumen des Planwerks. Gefährdungspotentiale, Veränderungsdruck und zeitliche Entwicklung sind sehr unterschiedlich. Sie erfordern und ermöglichen ein gestuftes Vorgehen bei der weiteren Ausarbeitung des Planwerks und führen damit auch zu einer Entlastung des Planverfahrens.
- 6.4. Prioritätensetzung und zeitliche Stufung müssen auch den Blick frei machen für die Notwendigkeit von Zwischenlösungen (Zeitperspektive 5 bis 10 Jahre) in Teilräumen, in denen nur geringer Entwicklungsdruck besteht. Zu denken ist hier an die Qualitätsverbesserung der öffentlichen Räume u. a. durch Inszenierungen oder befristete Nutzungsmöglichkeiten.

## Planwerk Innenstadt - Strategie oder Provokation?

Von Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie

Der Versuch, das neue Berlin aus dem Mythos seiner Vergangenheit der 20er Jahre zu definieren, mußte scheitern. Die Metropole Europas sollte Berlin wenige Jahre nach dem Fall der Mauer sein. Dieses drückte Hoffnungen aus, taugte aber nicht als Handlungsanleitung. Hauptstadt allein reicht eben nicht und es hätte auch mit Olympia dazu nicht gereicht. Berlin liegt anders als zu Zeiten des 3. Reiches am Rande der Bundesrepublik, die ein föderaler, nicht auf eine Hauptstadt konzentrierter Staat ist. Das ökonomische, wissenschaftliche und kulturelle Übergewicht des integrierten Westeuropas ist unbestreitbar. Der Osten Europas macht sich erst auf den Weg, den Vorsprung der EU-Länder aufzuholen. Das politische Koordinatensystem hat Berlin nicht in seinem Zentrum.

Berlin selbst kann nicht binnen weniger Jahre Isolation, Inseldasein, ökonomische Abhängigkeit - Objekt und nicht Subjekt- der Politik gewesen zu sein, abschütteln. Tod, Vertreibung und Auswanderung der Eliten haben Berlin über Jahrzehnte ausgezehrt. Die Hoffnung, der große Run auf Berlin setze mit der Wiedervereinigung ein, war trügerisch. Das Maximum dessen, was Berlin zugestanden wurde, war die Hauptstadtfunktion - zögerlich, umständlich und immer wieder zerredet.

Und Berlin selbst? Die Stadt hat noch keine neue, gemeinsame Identität. Wie sollte sie auch in sechs Jahren aufholen, was durch Krieg und Teilung in Jahrzehnten zerstört wurde. Traditionen, auf die sich Berlin guten Gewissens besinnen könnte, liegen mehr als 60 Jahre zurück. Nazidiktatur, Krieg, Teilung, Spielball der Sieger-Mächte, unterschiedliche soziale und kulturelle Werte, weit auseinanderliegende Lebensentwürfe, der "Beitritt" und seine Folgen können nicht erwarten lassen, daß diese alte, neue Stadt schon eine gemeinsame Idee von Zukunft entwickelt hätte. Aber die Stadt und ihre Bürger müssen sich der Aufgabe stellen, ihr Ziel zu formulieren. Es reicht nicht aus, wenn Wessis, wie im vergangenen Senat, mit Sorgenfalten auf der Stirn um ihr gewohntes Charlottenburg fürchten und es deshalb mit weiteren Hochhäusern angeblich fit machen wollen für den Wettbewerb mit der Ost-City und Osis in jedem Abriß und jedem Neubau die Landnahme der Wessis wittern. Die Analyse muß tiefer gehen - denn es hat sich was geändert in Charlottenburg und in Mitte und es wird sich noch viel ändern, bevor eine gemeinsame Identität Wirklichkeit ist. Auch im Städtebau Berlins wird es gravierende Veränderungen geben.

Mindestens drei Gesichtspunkte liegen auf der Hand:

I. Der Anteil der Haushalte, die nicht mehr zur Miete, sondern im Eigentum wohnen wollen und sollen, stark ansteigen. Die ökonomische Krise trifft die derzeit eigentumsfähigen Haushalte kaum. Vor allem aber wird im Rahmen der notwendigen Reformen unseres Sozialsystems das Wohneigentum einen wesentlichen Grundstock der Alterssicherung ausmachen. Es bleibt die Frage, wo, von wem und in welcher Form Wohneigentum gebildet wird. Die Antwort hängt auch vom gesellschaftlichen Leitbild für diese Stadt ab. Nach meiner Meinung kann die Antwort nicht nur Einfamilienhaus, Reihenhaus oder Stadtvilla, sie muß in erheblichem Umfang auch Geschoßbau heißen. Was auch immer die Politik entscheidet, Abwanderung ins Umland wird es wie in jeder Großstadt auch in Berlin auf Dauer geben.

Keine noch so gravierende Veränderung des FNP zugunsten von Einfamilienhausgebieten wird verhindern können, daß sich das Ungleichgewicht in der Bevölkerungsdichte von 32 Einwohnern Berlins zu 1 Einwohner im Umland verringern wird. Zum Vergleich: in Hamburg beträgt das Stadt-Umland -Verhältnis 12:1 in Köln 3,8:1. Subventionierte Eigenheimprogramme sind nichts anderes als der hilflose Versuch, so zu tun, als könne das Abwanderungsproblem gelöst werden. Eigenheime in Brandenburg bleiben billiger und sind für die, die auf Natur und nicht auf Stadt hungrig sind, attraktiver. Das Problem bleibt, daß sich periphere Siedlungsstrukturen entwickeln, in oder außerhalb Berlins, die durch Zersiedelung offene Räume vernichten, die durch Zersiedelung offene Landschaft vernichten, für zunehmenden Verkehr sorgen, unwirtschaftliche öffentliche Ausgaben durch neue Infrastruktur verlangen und die soziale Mischung in den städtischen Gebieten gefährden. Dies ist das Gegenteil nachhaltiger Stadtentwicklung. Städtebau muß deswegen Angebote entwickeln, mit denen kleinteiliges Wohneigentum innerhalb der Stadt möglich wird.

2. Der zweite Hinweis auf einen sich ändernden Städtebau ergibt sich aus den Veränderungen der westeuropäischen Industriegesellschaft. Der Verlust von Arbeitsplätzen in Berlin seit 1990 vollzog sich besonders gravierend im Bereich der industriellen Produktion. In diesem Sektor verloren bis 1995 162.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Im gleichen Zeitraum wuchs jedoch die Anzahl von Arbeitsplätzen in Dienstleistungsunternehmen um 94.000. Nach allem was wir wissen, kann nicht erwartet werden, daß Berlin und sein Umland jemals wieder an ihre industrielle Tradition anknüpfen können. Dies hat nichts zu tun mit Unfähigkeit der Politik, sondern ist der aufkommenden dramatischen Veränderung unserer Industriegesellschaft geschuldet. Was sich für alle sichtbar auf den Berliner Baustellen abspielt, geschieht in der Industrie gleichermaßen. Während der Siemens Konzern weltweit die Zahl seiner Beschäftigten in den vergangenen Jahren bei 400.000 hält, fielen in Berlin seit 1990 von insgesamt 23.700 Arbeitsplätze 5.200 weg.

Vor allem im Dienstleistungsbereich und den produktionsnahen Diensten entstehen derzeit neue Arbeitsplätze. Mit der Struktur der Arbeitsgesellschaft verändert sich aber auch ihre bauliche Fassung. Die Struktur von Städten wird von der technischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Bedingungen der Gesellschaft beeinflusst. Wirtschaftlicher Wohlstand und erhöhte Mobilität führten zur Ausweitung, in neuerer Zeit zur Suburbanisierung der Städte. Die derzeit in Berlin gezeigte Ausstellung "Renaissance der Bahnhöfe" verdeutlicht dies auf sehr anschauliche Weise. Die strikte räumliche Trennung in Wohn-, Arbeits-, Konsum-, Ausbildungs- und Erholungsgebiete sind Ergebnisse vor allem auch wirtschaftlicher Determinanten. Diese strikte räumliche Teilung erübrigt sich immer mehr. Die Trennung der Funktionen in der Stadt entspricht der industriellen Arbeitsteilung, die in den fortgeschrittenen Industrienationen, zunehmend an Bedeutung verliert. Die Rahmenbedingungen für städtisches Zusammenleben ändern sich. Begriffe, wie elektronische Vernetzung, Telearbeit, Telebildung, Telebanking, Teleshopping oder Telemedizin stehen dafür.

Die Stadt muß ihre innere Arbeitsteilung ebenfalls aufgeben, sie muß Arbeits-, Freizeit-, Erholungs- und Konsumort in ihren Räumen zugleich sein. Eine intensivere Nutzung der Innenstadt zum Zwecke der anderen, besseren Organisation von Verkehrsbeziehungen durch Nutzungs- und Mischungsvielfalt entspricht den Bedingungen unserer künftigen Arbeitsgesellschaft. Wenn die industrielle Arbeitsteilung die Aufspaltung der Stadträume nicht mehr erfordert, werden neue Stadtstrukturen entstehen, die sich an den Lebensbedürfnissen und Arbeitserfordernissen der modernen Gesellschaft orientieren. Trotz oder gerade wegen

dieser Veränderungen darf Berlin seine Traditionen - sowohl ältere als auch jüngere - nicht verleugnen. "Der Grundriß ist das Gedächtnis der Städte" (Adrian).

3. Ein weiteres städtebauliches Erfordernis ergibt sich aus der historischen Berliner Besonderheit, eine harte Stadtkante zu besitzen. Es existiert ein weitgehender Konsens darüber, das wertvolle Umland nicht zu zersiedeln. Dies wird aber nicht gehen, ohne die vorhandene Stadt zu verdichten. Nur auf ehemaligen Autobahntrassen wird man nicht bauen können. Der Konflikt bei Nachverdichtungen läßt sich daher nicht ausräumen. Natürlich haben die Bewohner einen Anspruch auf Einbeziehung in konkrete Projekte, vor allem müssen Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, sie mit auf die Reise zu nehmen. Politik kann sich aber nicht abhängig machen von der jeweiligen Zustimmung der Interessengruppen. Genauso wenig, wie das Planwerk schon deshalb falsch ist, weil es an vielen Punkten Konflikte mit bezirklichen Planungen beinhaltet, genauso wenig dürfen wir davor zurückschrecken, Auseinandersetzungen mit der Autolobby oder einzelnen Bewohnergruppen auszutragen. Die Stadt gehört allen Berlinerinnen und Berlinern, auch die Mitte der Stadt. Entertainment-City - draußen wohnen, drinnen feiern - kann Berlins Zukunft nicht sein. Grundidee des Planwerkes ist, daß sich die Stadt wieder dem Menschen anpaßt und nicht umgekehrt. Die Stadt, ihr öffentlicher Raum, ihre Nutzungen müssen den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Bewohner dienen. Dichte ist nicht automatisch Urbanität, aber Voraussetzung für Urbanität. Ich stimme Bruno Flierl zu, der bereits 1992 formulierte: "Neue Identität entsteht durch Anderswerden und Unverwechselbarkeit - nach eigenem Maß und Vermögen."

"Dort wo notwendig baulich-räumliche Verdichtung den Rückbau in zu großen und zu leeren Stadträumen sowie in Baulücken verlangt, ist dieser primär nicht retrospektiv als Rückbau in die Vergangenheit der Stadt, sondern prospektiv als Weiterbau in die Zukunft der Stadt, also nicht so sehr zu Wiederherstellung ihrer historischen Bebauung als vielmehr zur Wiederherstellung ihres historischen Maßstabs zu betreiben."

Das Planwerk Innenstadt hat eine Diskussion über das "Wohin" für die Innenstadt von Berlin eröffnet. Ihm liegt eine Idee von Gesellschaft zugrunde, die keineswegs konsensual ist. Deshalb ist das Planwerk umstritten. Allerdings hat die Debatte der vergangenen 6 Monate gezeigt, daß der Anstoß auch durch parteipolitisch motiviertes Sperrfeuer nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Die Parlamentarier des Abgeordnetenhauses konnten sich bis heute nicht zu einer gemeinsamen Formulierung zum Planwerk Innenstadt - und seien es auch nur weitere Arbeitsaufträge - durchringen. Anstatt das Berliner Rathaus zu einem öffentlichen Gebäude zu machen und die Ausstellung zum Planwerk dort während des Kongresses des BDA zu zeigen, sorgt sich der Regierende Bürgermeister darüber, daß er als Hausherr Position beziehen könnte. Bei den Grünen/Bündnis 90 wie bei der PDS ist noch nicht entschieden, ob aus parteipolitischen Gründen eine ernstzunehmende Debatte abgelehnt oder der Sache wegen nicht doch geführt werden muß.

Während Frau Prof. Jakubeit anfangs die Vorlage eines Planes lobte, Kritik an einzelnen Vorschlägen übte und vor allem das Fehlen eines Verkehrskonzeptes bemängelte, muß sie sich heute der Parteiräson fügen. Die Aufregung bei den ersten Busspuren oder bei Tempo 100 auf der Avus sollten Neugierige warnen. Das Verbot von Autos wird nicht gelingen. Zur neuen Stadtstruktur gehört ein Mobilitätsmanagement, das den Ansprüchen der Gesellschaft genügt und ein Bild von der Stadt, das den Verzicht auf die eine oder andere Bequemlichkeit des Individualverkehrs vergessen macht.

Bei dem Disput über das Planwerk Innenstadt geht es vor allem um zwei Fragen:

1. Sind die Leitsätze und Thesen der Auftraggeber geeignet, eine Idee der Wohnstadt, der Arbeitsstadt, der Hauptstadt, also das Wohin zu befördern

und 2. Sind die stadtplanerischen Vorschläge zu dem Leitbild kohärent?

Einige haben es sich in den vergangenen Monaten leicht gemacht. Sie haben die niedergeschriebenen Grundsätze als richtig abgehakt und den konkreten Entwurf als damit nicht übereinstimmend abgelehnt. Vor allem deshalb, weil insbesondere im historischen Zentrum auf vergessen scheinende Strukturen zurückgriffen und ein Stadtumbau vorgeschlagen wurde.

Das ist zu simpel. Wer den Thesen einer nachhaltigen Stadtentwicklung zustimmt, kommt um einen Stadtumbau nicht herum, der selbstverständlich in das gewohnte Leben der Stadt und seiner Bürger eingreift - wie **z.B.** beim modalsplit von 80:20. Wer wirklich die Modernisierung unserer Gesellschaft im Sinne von nachhaltiger Entwicklung will, kommt um Veränderungen, zum Teil grundlegende, nicht herum. Aufgabe von Politik ist es, die Veränderungen zu definieren und gesellschaftliche Akzeptanz dafür zu schaffen.

Andere haben die Veränderungsnotwendigkeit zwar betont, aber uns vorgeworfen, damit zur Zeit lediglich die Interessen einzelner, insbesondere Developer und Bauherren zu befriedigen, Parzellierung, Nutzungsmischung und Wohnen in der Innenstadt nicht durchsetzen zu können. Als ob ein Plan schon die Veränderung wäre. Sowohl bei unseren Leitsätzen als auch bei ihrer visuellen Umsetzung geht es um Gesellschaftspolitik. Wer nur artikuliert, was heute schon politische Realität ist, bleibt zurück.

Die Verschwörungstheoretiker unter uns sehen im Planwerk mal wieder das große Aufräumen für die Bonner - Hauptstadt als Drohung! Dabei ist übrigens interessant, wie gelassen die geübten Hauptstädter unter uns darauf reagieren. 40 Jahre Hauptstadtdasein haben sie gelehrt, daß die Stadt eher die Beamten und Politiker vom Lande prägt als umgekehrt. Wie verändert sich die Politik der Berliner Republik, ist die Frage und nicht, wie die bundesrepublikanischen Politiker Berlin verändern. Einzig die Autolobby hat sich konsequent gegen die nachhaltige Stadtentwicklung ausgesprochen - nicht gegen die Bilder, sondern den Grundsatz.

Nutzungs- und Mischungsvielfalt, Urbanität und Revitalisierung des Zentrums haben die Parzelle zur Voraussetzung, wie sich ohne weiteres in Berlin und anderswo angesichts unmaßstäblicher Baukörper und ihrer homogenen Nutzung darlegen läßt. Nur die Parzelle bietet die Chance, die Nutzer als Bauherren zu gewinnen.

Dabei ist die Bodenpolitik der entscheidende Hebel für die Frage, ob eine ausreichende gesellschaftliche Breite der Bauherren ermöglicht wird. Die Stadtentwicklung darf sich nicht an kurzfristigen fiskalischen Erwartungen orientieren, sondern muß Strukturentscheidungen herbeiführen, die für einen langen Zeitraum tragen. Im Rahmen seiner Beschlüsse zur Vermögensaktivierung hat der Senat deshalb formuliert, daß es bei der Veräußerung von Grundstücken eben nicht nur auf die finanziellen Auswirkungen ankommt, sondern stadtentwicklungspolitische und wirtschaftspolitische langfristige Strukturentscheidungen zu berücksichtigen sind. Das Planwerk Innenstadt läßt sich nur verwirklichen, wenn Übereinstimmung besteht, daß öffentlicher Grund und Boden zur Gestaltung der städtischen Struktur eingesetzt werden müssen und daß die Preispolitik der öffentlichen Hand diesen Strukturentscheidungen zugeordnet ist.

Die Planungen müssen die Menschen ermuntern, die Innenstadt als qualitätsvollen Lebensort zu akzeptieren, wir müssen die Innenstadt befähigen, in der Konkurrenz zum Einfamilienhaus im Vorstadtidyll zu bestehen. Die Dimension der Bauten, ihre innere Gestaltung, ihre

Funktionalität für neue Formen des Zusammenlebens, Zusammenarbeitens, und die Gestaltung des öffentlichen Raumes, das Vorhandensein qualifizierter Freiräume, die unterschiedlichen Nutzungsansprüchen gerecht werden, sind Bedingungen der Konkurrenz.

Es gehört von Anfang an zur erklärten Absicht, unmittelbar nach der öffentlichen Präsentation des Planwerks in einen breiten Stadtdialog einzutreten. Dieser Prozeß entwickelt sich auf zwei Ebenen: einer eher theoretisch politischen und einer praktischen. Beide Ebenen sollen sich miteinander vernetzen. Bei der theoretischen Verarbeitung verweise ich auf unsere bisherigen Anstrengungen, die wir als Teil dieses öffentlichen Stadtdialogs unternommen haben.

Zur praktischen Konkretisierung haben wir für insgesamt 13 Gebiete Planungswerkstätten projektiert. In diesen Planungswerkstätten werden die Projektteams zusammen mit den zuständigen Senatsverwaltungen, den Bezirken, den durch die Bezirke beauftragten Planern, Bauherren und Bewohnervertretern zusammenarbeiten. Die Aufgabe ist es hier, sich über die jeweiligen Grundsatzfragen des Teilgebiets zu verständigen oder doch wenigstens die Dissense so herauszuarbeiten, daß sie politisch entschieden werden können. Um die dialogische Form dieser Werkstätten zu gewährleisten, haben wir einen externen Moderator, nämlich Hildebrand Machleidt eingesetzt.

Von den insgesamt geplanten Planungswerkstätten sind drei in Arbeit: nämlich das Kulturforum, der Molkenmarkt sowie der Breitscheidplatz. Für den Bereich Lietzenburger Schildstraße werden wir nach der Sommerpause ein entsprechendes Verfahren starten.

Welche Erfahrungen haben wir in den Planungswerkstätten gesammelt? Generell hat sich gezeigt, daß sich bei einer konkreten Beschäftigung mit einem Gebiet der politische Nebel schnell verzieht. So besteht sowohl für den Molkenmarkt, als auch für das Kulturforum mit den zuständigen Bezirken und vielen Betroffenen ein großes Maß an programmatischer Übereinstimmung. Es zeigt sich aber auch, daß konkrete Beschäftigung neue Fragen aufwirft, die im Konsens bearbeitet werden können. Das eigentliche Dissensthema ist der Umgang mit dem Straßenverkehr. Die Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr beharrt kompromißlos auf ihrer aus den 60er Jahren stammenden Ausgangsposition, nämlich ein für den fließenden Individualverkehr ausreichendes Straßenangebot bereitzustellen. Konkret bedeutet dies keinen Rückbau des durchgehenden Straßenzuges Gruner-/Gertraudenstraße, Beibehaltung des Tunnels am Alexanderplatz und auch keine Bereitschaft zur Anpassung der Potsdamer Straße im Profil. Politisch gesprochen zeigt diese Haltung, daß es im Bereich der Verkehrsplanung offensichtlich am wenigsten gelungen ist, den Paradigmenwechsel im Umgang mit Stadt praktisch werden zu lassen. Dieses Defizit ist jedoch offensichtlich kein fachliches, sondern ein politisches Problem, das innerhalb der Regierungskoalition zu lösen wäre.

Lassen Sie mich die bisherigen Ergebnisse für zwei Bereiche kurz konkretisieren.

### **Kulturforum/Neues Kulturforum:**

Die wichtigste Einsicht aus der bisherigen Diskussion über das Kulturforum besteht darin, daß wir den inhaltlichen und räumlichen Begriff des Kulturforums, so wie wir ihn auch selbst eingeführt haben, verändern müssen. Das Kulturforum ist ein Westberliner Projekt der frühen 60er Jahre - es war eine Reaktion auf Teilung und Mauerbau. Ein solches Kulturforum inhaltlich und städtebaulich einfach fertigzustellen hieße angesichts der inzwischen in Beton gegossenen Realitäten Wirklichkeitsverweigerung. Im Bereich des Potsdamer Platzes entstehen

zahlreiche neue Kultur- und Entertainmenteinrichtungen: Filmzentrum, IMEX-Kinos, Musicaltheater usw., die kulturell und gesellschaftlich als die andere Seite unseres kulturellen Lebens angesehen werden müssen. Zwischen diesen beiden Kulturen (traditionell würde man E- und U-Kultur sagen) muß nicht nur inhaltlich, sondern auch räumlich eine Beziehung hergestellt werden. Sony ist eben nicht nur ein Hersteller von Fernseh- und Videogeräten, sondern auch inzwischen einer der größten Entertainmentkonzerne, die auch klassische Musik international vermarkten. Dieses Aufbrechen des alten Kulturforums - oder besser die inhaltliche Erweiterung zum Neuen Kulturforum muß auch räumliche Konsequenzen haben. Der zukünftige Besucher des Kulturforums wird bei einer hohen Attraktivität der Konzerte in der Philharmonie, im Kammermusiksaal und der Ausstellungen in der Nationalgalerie und Kunsthalle nicht nur aus Zehlendorf, sondern wahrscheinlich auch aus München, Hannover, Dortmund, Hamburg und Leipzig anreisen. Dies bedeutet, daß viele Besucher des Kulturforums über den Fernbahnhof Lehrter Bahnhof, den Regionalbahnhof Potsdamer Platz oder die entsprechenden S- und U-Bahnen erreichen werden. Diese räumliche Erweiterung hat Konsequenzen für die stadträumliche Organisation des Kulturforums selber. Ich will an dieser Stelle nichts von dem ja noch zu diskutierenden Ergebnis vorwegnehmen, aber soviel ist doch sicher, daß der bisherige Nebeneingang des Kammermusiksaals und der Philharmonie auf der Rückseite des Kulturforums - also zur früheren Autobahn gelegen - in Zukunft eine größere Bedeutung bekommen wird. Möglicherweise wird aus dem Nebeneingang in Zukunft der Haupteingang. Weiter gefragt: Wie kommt denn der zukünftige Besucher aus dem Ausland oder aus der Bundesrepublik in die Nationalgalerie oder ins Kunstgewerbemuseum? Auch hier muß doch räumlich daran gedacht werden, den Zugang aus dem Historischen Zentrum, respektive vom Potsdamer Platz, mindestens genauso ernst zu nehmen wie die bisherige Denkweise, diesen Ort aus West-Berlin zu erreichen.

## **Molkenmarkt**

Wenn man mal einmal das von mir bereits angesprochene Hauptthema des von SenBauWohn Verkehr nicht akzeptierten Straßenrückbaus auf ein städtisches Maß wegläßt, so stellt sich im Bereich Molkenmarkt die Hauptfrage nach der zukünftigen Identität, nach dem Leitbild dieses Gebietes. Wird es eine historische Insel rund um die Mauerreste, die Kloster ruine, die Parochialkirche und Stadthaus oder wird - und das wäre meine Perspektive - dieses Quartier ein neues lebendiges städtisches Wohngebiet mit interessanten historischen Bezügen? Die Frage, so oder so beantwortet, hat dann Konsequenzen für die stadträumliche Organisation. Wenn das Rathaus und die ehemalige Rathausstraße als Teil dieses Quartiers begriffen werden soll, dann bedarf es der stadträumlichen Vernetzung über die Littenstraße, die Judenstraße usw. Das heißt, die Straßenprofile sind hier nicht aus dem Verkehrsbedürfnis, sondern aus dem zukünftigen Leitbild für dieses Quartier zu definieren. Und auch so viel steht fest, daß der Umgang mit dem ehemaligen „Grauen Kloster“, also der bedeutendsten Berliner Bildungsstelle, ganz am Anfang steht. Welche Rolle soll denn die Kloster ruine im zukünftigen Stadtquartier haben? Bleibt sie ein historisches Fragment, eingebunden in diverse Neubauten, oder nimmt man das „Graue Kloster“ und die Parochialkirche zum Ansatz einer Entwicklung, die etwas mit der spezifischen Identität dieses Gebietes zu tun hat. Auch hier wird in den nächsten Planungswerkstätten Arbeit geleistet - wie zugesagt auch unter Einbeziehung eines Architekten aus dem früheren Ostteil der Stadt (M. Kny).

Parallel zur räumlichen Konkretisierung beschäftigt sich meine Verwaltung sehr intensiv mit der Vorbereitung des Planungsmanagements. Also mit der Idee, aus einem Plan ein Projekt zu machen, das ernst macht mit der Aufgabenstellung, auch die bisherige Stadtplanungspraxis zu



modernisieren. Dabei soll aus der bisherigen angebotsorientierten traditionellen Stadtplanung eine effektive und durchsetzungsorientierte Stadtmanagementpraxis werden. Wir werden speziell diese Aufgabe zum Gegenstand einer öffentlichen Erörterung machen.

Das Planwerk ist ein Plan, kein Verwaltungsakt. Er ist dazu da, die Auseinandersetzung mit unseren Vorstellungen von Stadt der Zukunft zu visualisieren und die Auseinandersetzung voranzutreiben. Er konkretisiert unsere Leitvorstellungen, um die Diskussion fokussieren zu können. Die Frage, ob das Planwerk jetzt schon mehrheitsfähig ist, stellt sich für mich nicht. Es ist ein Instrument, um die Leitideen mehrheitsfähig zu machen und es wäre nicht schlecht, wenn einmal nicht am Tag nach der Wahl eine neue Mehrheit anfangen müßte zu überlegen, was sie denn mit ihrer Mehrheit anfangen soll. Berlin hat nicht so viel Zeit, es wäre schon hilfreich, wenn neue Mehrheiten sich vorher auf einen Plan verständigt hätten.

## **Zwischen DDR-Moderne und Planwerk - Inszenierungen in Berlin-Mitte**

Von Bruno Flierl

Die heutige Sitzung des Stadfforums - so lautet die Einladung - will in den öffentlichen Dialog mit den Kritikern des Planwerks eintreten. Gemeinsam soll nach einem Konsens gesucht werden, der als Basis für die weitere Debatte dienen kann. Grundlage dafür soll ein Zwischenfazit des für das Planwerk verantwortlichen Senators sein.

Dazu zwei Bemerkungen vorab:

Erste Bemerkung: Daß hier im Podium nur Ostberliner sitzen, hängt mit der zurückliegenden Planung dieses Stadfforums zusammen, die darauf abzielte, die vom Planwerk am meisten Betroffenen, aber Nichtbeteiligten - also die aus dem Osten - zu Wort kommen zu lassen. Ich für meinen Teil lege Wert auf die Feststellung, daß ich hier nicht als betroffener Ostberliner, sondern als einer der engagierten Bürger Berlins auftrete, die sich schon seit vielen Jahren im Interesse der realen Vereinigung der beiden so lange getrennten Teilstädte Ost und West in Berlin als Kritiker von Senatsplanungen zusammengefunden haben.

Zweite Bemerkung: Was Senator Strieder hier als Zwischenbericht vortrug, war wohl keiner. Gleich allen, die auf die Ankündigung dieser Sitzung des Stadfforums vertrauten, hoffte auch ich zu hören, was denn die Stadtentwicklungsplaner der Senats Verwaltung aus der zurückliegenden kritischen Diskussion gelernt und was sie am ersten Entwurf des Planwerks Innenstadt - inzwischen bescheidener Vorentwurf genannt - zu korrigieren beabsichtigen, damit ein zweiter Entwurf überhaupt zustande kommen kann, auf den wir alle so „interessiert“ - wie es in der Einladung heißt - warten. Leider war davon nichts zu hören. Senator Strieder negierte seine bisherigen Kritiker ganz einfach, anstatt sie ernst zu nehmen und ihre Kritik auf dem Weg zum zweiten Entwurf des Planwerks qualitativ zu verarbeiten. Kein Wort zu den vielen kritischen Beiträgen in der Presse, kein Wort zur Publikation der Architektenkammer, in der er und seine Planer mit 4 Beiträgen selber zu Wort gelangten, zusammen mit 28 Beiträgen anderer, von denen 22 aus dem Westen und 6 aus dem Osten kamen. Und kein Wort zu der gründlichen kritischen Analyse von Harald Bodenschatz am Schluß dieser Publikation. Kein Wort aber auch zu den substanziellen Ansatzpunkten für eine offene demokratische Planung wie in den Vorträgen von Hans Adrian und Werner Durth, nicht zuletzt auch von Urs Kohlbrenner. Wenn er statt dessen mit froher Selbstgerechtigkeit und stolzer Freude pauschal behauptet, daß die große Diskussion, die das Planwerk Innenstadt ausgelöst hat, nie zustande gekommen wäre, wenn es nicht ausgearbeitet und vorgelegt worden wäre, ist das keine Antwort auf die geäußerten kritischen Auffassungen und nützt der Sache, um die es geht, im Grunde nichts. Und es genügt auch nicht, das schon Gesagte immer nur wieder wortreich zu vertiefen, wie eben heute mit den Ausführungen zum Wohnen im Zentrum der Stadt. Das alles bestärkt die von uns Kritikern bisher gemachte Erfahrung, daß augenscheinlich alles Reden nichts hilft, und befördert die Befürchtung, daß der Senator am Ende des Diskurses seinen ersten Entwurf des Planwerks Innenstadt womöglich auch als den letzten ansieht, weil er sich ja so bewährt hat.

Es ist freilich auch denkbar, daß dieser erste Entwurf tatsächlich der letzte bleibt, dann nämlich, wenn er abgesetzt würde.

Warum es dafür gute Gründe gibt, will ich hier darzulegen versuchen. -18-

Ich spreche über die geplante Umgestaltung der Altstadt Berlin in der City-Ost. Und selbstverständlich spreche ich - ganz im Sinne dieser Sitzung des Stadfforums - im Kontext von Erfahrungen, das heißt im Kontext meiner Erfahrungen mit der City-Ost, die zum Gegenstand des Planwerks gehört, und im Kontext meiner Erfahrungen mit dem Planwerk selbst.

Die City-Ost soll jetzt zum zweiten Mal in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. umgestaltet werden. Nach der sozial-räumlichen Inszenierung der real sozialistischen Gesellschaft der DDR, folgt nun die der real-kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik. Mehr als andere Stadtgebiete Berlins ist daher gerade die Mitte der Stadt - die City-Ost - zum Kampffeld zweier gegensätzlicher Gesellschaften geworden - mit dem Unterschied, daß es die eine nicht mehr gibt, die andere aber nicht einfach machen kann, was sie will. Zwar ist die DDR als Staat verschwunden, aber die Menschen der DDR gibt es noch - und für sie gibt es noch die Orte und die Steine, die Räume und die Gebäude, die ihnen etwas bedeuten. Das macht es den Planern aus dem Westen - und dafür ist ja gesorgt, daß die Planer so gut wie alle aus dem Westen kommen - so schwer, mit der vorgefundenen gebauten Umwelt und den Menschen der DDR so umzugehen, daß Stadtplanung und Stadtgestaltung einheitsfördernd und nicht einheitsverhindernd wirkt.

In der ersten Periode von 1990-95 sind in der City-Ost Standorte für die Große Politik und die Große Wirtschaft angeeignet worden, vorzugsweise am Rand der historischen Altstadt: im Spreebogen für Regierung und Parlament, am Potsdamer Platz und am Alexanderplatz für die Wirtschaft - beide gleichermaßen als markante und signifikante bauliche Neusetzungen und als Zeichen für das Wiedererstehen Berlins als Metropole. Jetzt in einer durch veränderte ökonomische und politische Bedingungen charakterisierten zweiten Periode seit 1996 soll die bislang planerisch und baulich noch nicht erfaßte Leerfläche der Innenstadt angeeignet werden, mit dem Ziel der Verdichtung und der Rückgewinnung verloren gegangener historischer Grundfiguren der Stadt. Der Flächennutzungsplan von 1993 und das Planwerk Innenstadt von 1996 zeigen diese Differenz: Während Alt-Berlin in der ersten Periode von durchgreifenden Planungs- und Baumaßnahmen verschont blieb und nur an seinem Rand ein Kontrastprogramm erlebte, soll es jetzt in der zweiten Periode flächendeckend überformt werden, bis es in seiner gewordenen Gestalt als DDR-Stadt nicht mehr so recht erkennbar ist.

In den Worten von Dieter Hoffmann-Axthelm liest sich das so:

"Mit der Wiedereinräumung des entleerten Stadtzentrums stellt sich die Aufgabe, die wesentlichen historischen Schichten wieder zur Geltung zu bringen (...). Dabei darf es keine beliebige Auswahl geben, als stünde frei, sich die Geschichte auszusuchen, die einem besonders schmeckt. In jedem Fall ist der heutige Standpunkt der Ausgangspunkt", (1)

Dieses Konzept als Text ist durchaus akzeptabel, als Bild nicht. Genau hier liegt die Crux des Planwerks Innenstadt insgesamt und generell.

Das Planwerk ist eine merkwürdige Verquickung von Text und Bild, von theoretisch formulierten Prinzipien und anschaulich gezeichneten Stadffiguren *als falsche Einheit*. Die Texte sind weitgehend gründlich durchdacht und überzeugend, weil objektivierte Erkenntnis, die Bilder dagegen sind eben nichts anderes als subjektive Entwurfsleistungen. Aber es wird so getan, als wenn die Bilder aus den Texten logisch folgen. Und eben dies ist in öffentlichen Diskussion irreführend und gefährlich. Denn wer hat schon Zeit und Lust zum Lesen? Alle aber haben Zeit und Lust zum Sehen! Mediengeübt, wie die Menschen von heute nun einmal sind, glauben sie den Bildern mehr als den Texten, glauben sie den Bildern als Wirklichkeit. Würden

sie die Texte lesen, könnten sie erkennen, daß sich von ihnen auch andere Bilder ableiten ließen.

Dieser Konflikt, den das Planwerk selbst enthält, könnte gelöst werden, wenn die Verfasser der Texte nicht zugleich auch die Verfasser der Bilder wären, in die sie zudem noch verliebt sind, und wenn überhaupt *die falsche Einheit von Text und Bild*, die das Planwerk charakterisiert und von der die Planwerk-Propaganda lebt, aufgelöst würde in differenzierte, sehr wohl aber zusammenhängende Planungen zur Entwicklung und zur Bebauung der Stadt und einzelner ihrer städtischen Bereiche und Orte, die im Denk- und Planungsraum zwischen Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen mehr sind als diese, ohne sie aber nichts. Dafür müßte freilich die planungsrechtliche Grundlage erst noch geschaffen werden. Solange das nicht geschieht, bleibt das Planwerk eine Art Beaux-Art-Planung "ohne Portefe".

Was das Planwerk im Konkreten leistet und was nicht, soll an einem einzigen Beispiel verdeutlicht werden: an der geplanten Umgestaltung des in der DDR entstandenen Stadtinnenraumes zwischen Spree und Alexanderplatz - als Teil eines modernen Zentrumsbandes durch die historische Altstadt hindurch. Denn hier offenbart sich der Konflikt zwischen DDR-Moderne und historischer Stadtgestalt wohl am brisantesten. Hier liegen zugleich die größten Sensibilitäten im Streit zwischen denen, die "ihre" alte Mitte unbedingt wieder haben wollen, und denen, die "ihren" gewohnten Freiraum um den Fernsehturm nicht missen wollen. Die einen kommen zumeist aus dem Westen, die anderen aus dem Osten.

Hoffmann-Axthelm sagt zu diesem Stadtraum: "Während die historisch gewordene Moderne die alte Stadt einfach abriß, hat die neue Planung den Bestand der Moderne als Teil der Geschichte zu integrieren, ohne sich ihm zu beugen. Damit treten zwei unterschiedliche Stadtvorstellungen in einen Dialog." Unter *dialogischem Stadtbau* versteht er deshalb, das Widerstreitende in einen spannungsvollen Zusammenhang zu bringen und die Etappen und Brüche der Stadtgeschichte sichtbar zu machen. (2) -Einverstanden. Aber wie das geschieht, in welchem Maß welche historische Schicht aufgewertet oder abgewertet werden soll, welcher man sich *nicht beugen* und vor welcher man sich *verbeugen* soll, das alles ist nicht nur eine Entscheidung von heute aus, sondern eben auch eine Entscheidung konkreter Akteure. Und da es für diesen Ort konkrete Bauherren und Nutzer noch nicht gibt, sondern erst angelockt werden müssen, schlägt Hoffmann-Axthelm mit seinem Partner Albers mal eben schon vor, wie die Stadt funktionieren und aussehen soll. Eine gewünschte Stadt.

Dazu ist Folgendes zu sagen:

Erstens. Wer nur den Verlust sieht, der mit der Schaffung des großen Freiraumes zwischen Spree und Alexanderplatz nach den Zerstörungen des Krieges und nach den Abrissen für den Neuaufbau entstanden ist, Verlust an Bausubstanz und Stadtstruktur, nicht aber auch den Gewinn einer räumlichen Verbindung des Ostteils mit der Mitte und dem Westteil der Stadt, die infolge der unwegsamen und dicht bebauten alten Bürgerstadt Berlin 'hinter' dem Schloß bis 1945 nicht realisierbar war, obwohl es dazu seit 1900 wiederholt Planungen mit 'Durchbrüchen' gegeben hat, der sieht nicht und wertet nicht, daß es der **DDR** in diesem Bereich keineswegs nur um geschichtslose bauliche Selbstdarstellung ging, sondern wesentlich um die Lösung eines grundlegenden Strukturproblems der Berliner Stadtentwicklung. Die Entscheidung, wie heute damit umzugehen ist, sollte daher bei aller Liebe zur historischen Stadtgestalt und bei aller Kritik an der DDR-Moderne nicht ohne Verständnis für die gesamtstädtischen Zusammenhänge dieses großen Freiraumes am Ort der Altstadt von Berlin getroffen werden.

Zweitens. Wie also kann der große Stadtinnenraum *dialogisch* umgestaltet werden, ohne ihn in seiner historisch signifikanten Bedeutung als räumliches Ganzes aufzugeben? Ohne Zweifel kann da das alte Straßen- und Blockraster eine maßstabsgebende historische Schicht sein im Widerspruch zu der durch die DDR-Moderne gesetzte Großform. In diesem Sinne haben sich schon andere vor Hoffmann-Axthelm versucht, zuerst in der DDR, dann zu Beginn der 90er Jahre und kürzlich erst wieder. Alle diese Versuche akzeptierten das Primat der städtebaulichen Großform, was allein schon in der symmetrischen Regularität des längsgerichteten Raumes zum Ausdruck kommt. Noch eine Woche vor der großen Planwerkverkündung Ende November vergangenen Jahres veröffentlichte die „taz“ einen Plan, der diese Regularität noch hatte. Offenbar genügte diese Lösung nicht, um dem DDR-Stadtraum baulich wirkungsvoll entgegenzuwirken. Daher wohl die eher hilflose dekonstruktivistische bauliche Besetzung und Zersetzung des Raumes, wie sie im Planwerk dann vorgestellt wurde. Ganz im Unterschied zu den sonstigen Vorschlägen, die verloren gegangenen Randfiguren der historischen Altstadt baulich zurückzugewinnen.

Drittens. Schwieriger als die baulich-räumlichen Probleme sind ganz offensichtlich die sozialen, funktionellen und ökonomischen Probleme. In der DDR hatte dieser große Bereich den gesellschaftlichen Wert eines repräsentativen parkähnlichen Stadtinnenraumes, der im System der räumlichen Ost-West-Verbindung durch die Stadt als mittlerer Teil eines Zentrumsbandes vom Lindenforum über die Spreeinsel bis zum Alexanderplatz bestimmt war. Daß er selbst - wie schon in der DDR erkannt - funktionell und baulich nicht intensiv genug angeeignet war, lag an der allgemeinen Potenzschwäche der DDR zur Entwicklung von Urbanität. Diese Urbanität könnte er jedoch heute durchaus erlangen, wenn sie ihm zugetraut würde: als Aufenthalts- und Aktionsraum für unterschiedlichste Zwecke städtischer Kommunikation der Kultur, des Handels und des Tourismus, auch für Stadtfeste. Aber nein! Dieser einmalige, strukturell wertvolle, öffentliche Stadtraum soll verkauft und vermarktet werden für Eigentumswohnungen und Geschäfte auf kleinen Baulosen, als wenn es darum ginge, nach den Baugesetzen der mittelalterlichen Stadt oder der Hobrechtstadt eine neue alte Stadt als regulierte Selbstinszenierung privater Eigentümer entstehen zu lassen ohne Interessen und Investitionen der öffentlichen Hand. Das wäre ein Rückfall in die Vergangenheit, kein Schritt in die Zukunft.

Viertens. Hätten die Planer des Planwerks bei der Umgestaltung der City-Ost nicht nur verzückt auf die "Wiedereinräumung" der Altstadt geschaut, so hätten sie entdecken können, daß der von der DDR geschaffene Stadtinnenraum zwischen Spree und Alexanderplatz als Teil des Zentrumsbandes nicht - besser: nicht mehr - die einzige bauliche Großform der Moderne im Stadtzentrum von Berlin ist. Er wird gerade jetzt durch die von der Bundesrepublik geplante bauliche Großform des Bundesbandes im Spreebogen ergänzt und kontrastiert. Ist die neue als Ort und Symbol des Staates geplant, so könnte doch die alte als Ort und Symbol der Stadt angeeignet werden - mit dem Vorteil, daß im Raum des Zentrumsbandes der Bürger selbst anwesend sein kann, während er das Bundesband nur von außen anschauen darf. Solche Zusammenhänge zu denken, führt zu Aufgabenstellungen für Berlin, die das Planwerk bislang überhaupt noch nicht gestellt hat.

*Mein Zwischenfazit* nach einem halben Jahr Planwerk-Diskussion generell und speziell die Antwort auf die zur heutigen Sitzung des Stadfforums gestellte Frage nach dem Planwerk als Strategie oder Provokation lautet:

Das vorgelegte Planwerk ist nicht die Provokation und/oder Strategie, die Berlin braucht.

Begründung:

Wenn das vorgelegte Planwerk Innenstadt eine Provokation zum Thema Stadt, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung sein soll, was zweifellos sinnvoll wäre, dann ist es - so wie es jetzt ist - nicht zu gebrauchen, weil es im Bild schon vorwegnimmt, was es erst suchen und finden sollte. Und ebenso:

Wenn das vorgelegte Planwerk Innenstadt eine Strategie sein soll, die Ziele und Wege im dialektischen Prozeß widersprüchlicher Einheit als zeitlich gegliedertes Handlungskonzept umfaßt, was zweifellos gleichermaßen sinnvoll wäre, dann ist es - so wie es jetzt ist - auch aus diesem Grund nicht zu gebrauchen, weil es die Ziele als finales Wunschdenken und Wunschbild setzt und die für den Weg dorthin real möglichen Methoden und Mechanismen der Steuerung nicht nennt.

Um in der Sache der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung weiterzukommen, brauchen wir in der Tat provokatorische Zielsetzungen und strategische Handlungskonzepte, Prinzipien und Leitbilder, aber in offener Funktion und Struktur, als demokratisch transparentes und steuerbares Netzwerk, das autoritäre Setzungen im Sinne von Vorgaben und Direktiven ausschließt. Kurzum: Wir brauchen keinen Masterplan, der verkappt im Planwerk Innenstadt steckt, auch wenn das immer wieder in Abrede gestellt wird. Wir brauchen etwas wirklich Neues, wenn aus Berlin etwas werden soll, das dann - wie beabsichtigt - der Welt im Jahr 2000 auch mit gutem Gewissen vorgestellt werden kann.

Was das leidige Ost-West-Problem bei alledem betrifft, so will ich nur sagen:

Nicht schon wieder ein *osffreiwilliger* Beitritt zur Vision *westgemachter* blühender Landschaften - dieses Mal: historischer Stadtlandschaften! Gehen wir endlich dazu über, Berlin gemeinsam zu entwickeln und zu gestalten!

## Stadterneuerung in Ost-Berlin - Erfahrungen für das Planwerk

Von Manfred Zache

Auch wenn ich enttäusche, ich habe nichts gegen ein Planwerk Innenstadt einzuwenden habe.

Ich erinnere, daß ich im Zusammenhang mit meinem Beitrag zur Stadtidee im Stadfforum dringend einen Masterplan für Berlin, und insbesondere für die Innenstadt forderte. Aber das war 1991. Damals störte offensichtlich so ein Gedanke. Heute, sechs Jahre später, kommt er leider für entscheidende Punkte der Stadt etwas spät.

Masterplan - Planwerk, ja oder nein ist also nicht mein Problem. Kritisch ist für mich auch nicht die eine oder andere Lösung. Obwohl sie nicht immer meine Lösung wäre. Wirklich kritisch ist die beklagenswerte Unbeschwertheit, mit der Lösungen im internen Zirkel ohne Rücksicht auf die Betroffenen erarbeitet und dann offeriert wurden. Allein diese Tatsache zwingt mich, obwohl ich, wie gesagt, Sympathie für das Gesamtuntemehmen habe, Protest anzumelden.

Solche Veranstaltungen wie heute haben vor diesem Hintergrund leider den Geruch von Alibifunktion. Trotzdem bin ich hier, trotzdem will ich mich an der Diskussion beteiligen. Der Gegenstand ist mir viel zu wichtig. Deswegen möchte ich mir auch keine Empfindlichkeiten leisten. Andere mögen anders denken. Das ist auch ihr gutes Recht.

Im Zusammenhang mit dem Planwerk Innenstadt wurden und werden die historischen Bindungen der Bauten und Baustrukturen immer wieder beschworen. Ihre identitätschaffende Bedeutung für Bewohner und für die Stadt steht außer Zweifel. Aber die Bewahrung historischer Bindungen schließt auch die Brüche und Schmerzliches mit ein. Keiner kann sich seine Geschichte aussuchen. Oder so lange selektieren bis sie mit dem eigenen Weltbild übereinstimmt. In diesem Sinne ist jede historische Schicht bewahrenswert.

Natürlich müssen Bewertungen von Stadtraum und Baustrukturen und deren Kritik, als Ansatz für Veränderungen, erlaubt sein. Dieses Bewerten aus heutiger Sicht muß aber mit dem Begreifen um die Entstehung der heutigen stadträumlichen Situation und dem Begreifen ihrer sozial-räumlichen Wurzeln, Zusammenhänge und Wirkungen verbunden sein. Nützlichkeit aus heutiger Sicht ist kein hinreichender Grund für Veränderung.

Im Umgang mit der Stadt und ihrer Geschichte im Prozeß der Aneignung durch immer wieder neue Generationen sind natürlich auch radikale Lösungen nicht auszuschließen. Aber grundsätzlich nie als Rezept für alles. Ich halte es mit Paracelsus - auf die Dosierung kommt es an.

Der Ehrgeiz der Planer und Politiker ihre Konzepte zur Beglückung der Stadtbevölkerung möglichst schnell und möglichst flächendeckend und möglichst kompromißlos durchzusetzen, hatte immer fatale Folgen und wird sie mit Sicherheit auch in Zukunft haben.

Das galt für die Konzepte der kompakten Gründerzeitquartiere, das galt für die "Stadtlandschaften" 50er Jahre, das galt für die Großsiedlungen von MV bis Hellersdorf und wird auch für die jetzt vorgestellten Konzepte gelten.

Jede Generation von Planern trat mit überzeugenden Argumenten an, und verwies gleichzeitig auf wirtschaftliche und soziale Zwänge die ihre Lösung als die alleinig durchsetzbare darstellte.

Glücklicherweise traten jeweils Gegenwirkungen auf, bevor die totalitär formulierten Ansprüche sich gänzlich in der Stadt durchsetzen konnten. Das läßt auch für Zukünftiges hoffen. Das läßt hoffen, daß unser gut gemeinter Eifer nicht wirklich größeren Schaden anrichtet.

Auch die Geschichte des „Stadtbaus“ in beiden Teilen dieser Stadt ist von diesen großen Ansprüchen geprägt. Oft ähnlicher als man vielleicht vermuten konnte. Allerdings immer zeitversetzt.

Mein Beitrag beschränkt sich auf Erfahrungen aus dem östlichen Teil. Er soll Zusammenhänge aufhellen und Entscheidungszwänge im historischen Kontext darstellen. Insbesondere möchte ich Anspruch und Planungsrealität gegenüberstellen und so helfen Verständnis zu fördern, warum einiges so oder so gelaufen ist. Als Ansatz auch für einen differenzierteren Umgang mit den baulichen und stadtplanerischen Ergebnissen der DDR Geschichte.

Dazu zwei Beispiele, die nebeneinander gestellt, aus heutiger Sicht, besonders extrem scheinen. Der Aufbau des Stadtzentrums aus den Jahren 1965 bis 75 und die Modernisierung des Amimplatzes im Prenzlauer Berg aus den Jahren 1973-76. Beide Projekte also mehr als 20 Jahre alt. In beiden war ich als Architekt Mitautor.

Es herrschte Aufbruchstimmung Anfang der 60er Jahre. Die Stalinallee-Ära mit ihrem indoktrinierten Bauen nach nationalen Traditionen war endlich vorüber. Der Städtebau im Osten konnte wieder Anschluß an die Architektur- und Städtebauentwicklung in der Welt nehmen. Diese Entwicklung war damals weltweit durch die radikale Abkehr von der historischen Stadtstruktur und insbesondere durch die Abkehr von der Stadt des 19. Jahrhunderts geprägt.

Mit der Miterbau 1957 und dem Vorzeigeprojekt neues Hansaviertel war die "freiheitliche" Alternative zur "Stalinallee" und zur Stadt des 19. Jahrhunderts in Berlin fertiggestellt. Radikal wurde das Modell einer Stadt von morgen demonstriert, das jede Bindungen zur gewachsenen Stadtstruktur ignoriert. Frei in eine autogerecht erschlossene parkähnliche Stadtlandschaft gesetzte Hochhäuser mit weiten Abständen zueinander war das städtebauliche Leitbild. Neidvoll von vielen Architekten und Planern im Osten, wegen der scheinbar unermesslichen wirtschaftlichen Möglichkeiten bestaunt.

Ähnlich im Denken auch die Ergebnisse des von Bonn ausdrücklich nur für westliche Architekten ausgeschriebenen Wettbewerbes „Hauptstadt Berlin“ im Jahre 1958, der die gesamte historische Mitte Berlins einbezog und zugleich negierte.

Am 21. April 1961 beschloß die Stadtverordnetenversammlung Ost-Berlins den Plan zum Aufbau des Stadtzentrums bis 1965. Dem war ein Wettbewerb nun ausdrücklich nur für Östliche Architekten vorausgegangen. Die Teilnehmer gingen deutlich weniger rigide mit dem historischen Stadtgrundriß und den Resten von alter Bausubstanz um.

Hier wirkten sich offensichtlich die Erkenntnisse der gerade überwundenen "nationalen Tradition" positiv aus. Insbesondere galt nach wie vor der Grundsatz 5 des Städtebaues, niedergelegt im Aufbaugesetz der DDR vom 6.9.1950. Er lautet:

"Der Stadtplanung zugrunde gelegt werden müssen das Prinzip des Organischen und die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel."

Die entscheidende Planungsphase für das Stadtzentrum, und parallel dazu mit dem Generalbebauungsplan für die gesamte Stadt begann jedoch erst etwa 1965. Eine gewisse Konsolidierung und sogar Liberalisierung nach dem Mauerbau förderte diesen Prozeß. 1968 wurde der Generalbebauungsplan im Ministerrat bestätigt. Er formulierte die Grundzüge der



Entwicklung und Umgestaltung der Stadt bis zum Jahr 2000 und orientierte dabei auf die Entwicklung einer kompakten Stadt.

Ich zitiere dazu aus meinem Artikel in der Zeitschrift „Fundamenty“ vom Oktober 1970.

„Die Bevölkerung wird von 1.08 Millionen Einwohner auf maximal 1,3 Millionen Einwohner im Prognosezeitraum wachsen. Das erfordert, wenn die Stadt nach dem Prinzip der Ökonomie der Zeit und des Raumes organisiert werden soll, die Einschränkung der städtischen Entwicklungsflächen auf ein kompaktes Stadtgebiet innerhalb der vierten Tangentialverbindung des Straßennetzes. Die Orientierung auf die kompakte Stadt wird ein Ausufer der Stadt in die Landschaft vermeiden, ohne daß die dynamische Entwicklung der Stadt beeinträchtigt wird.“

„Die kompakte Stadt zeichnet sich durch eine enge Verflechtung der Hauptfunktionen Arbeiten, Wohnen, Erholen und Kommunikation aus, eine hohe Einwohner- und Arbeitsplatzdichte und engmaschige, leistungsfähige Straßen- und Nahverkehrsnetze aus.“

Zusammen mit der Neuordnung der Stadtstruktur werden die Grundzüge der Stadtkomposition herausgearbeitet. Sie bestehen in der harmonischen Eingliederung wertvoller historischer Stadtelemente und natürlicher Gegebenheiten sowie in der Herausbildung neuer Höhepunkte der städtebaulichen und bildkünstlerischen Gestaltung.

Das Stadtzentrum bildet den Kern der Stadtstruktur und den Höhepunkt der Stadtkomposition. Aus diesem Grunde konzentrieren wir unsere Baumaßnahmen auf das Stadtzentrum und bauen unsere Stadt im Zentrum beginnend von innen nach außen auf.“

Und etwas weiter zum Stadtzentrum selbst. Ich zitiere wieder: „Das Kerngebiet des Stadtzentrums mit den wichtigsten gesellschaftlichen Bauten wird ringförmig von Wohngebieten umgeben und durch Hochhausgruppen markiert. Die Einwohnerdichte wird im Bereich des Stadtkentrums 500 bis 600 Einwohner/ha betragen. Dadurch werden die gesellschaftlichen Einrichtungen besser genutzt und das Zentrum mit Leben erfüllt. Gleichzeitig wird der Weg-Zeit-Aufwand für die im Stadtzentrum lebenden und arbeitenden Bürger gesenkt.“

So viel zu einem politischen Anspruch und zu einer planerischen Vision vor 30 Jahren. Zum Teil frappierende Ähnlichkeit mit heutigen Ansprüchen und Visionen.

Vergleicht man diesen damaligen Anspruch mit seiner konkreten städtebaulichen Umsetzung in dem hier gezeigten Planungsmodell aus dem Jahre 1967, so ist der Widerspruch aus heutiger Sicht eklatant. Damals war das nicht der Fall. Übrigens die im Planwerk Innenstadt gezeigten planerischen Detailbilder stehen für mich überwiegend in einem ähnlich eklatanten Widerspruch zu den verbal formulierten Absichten.

Glücklicherweise wurde der Aulbau des Stadtzentrums im nördlichen Bereich entsprechend dieser Planung nicht vollendet. Die dazu notwendige Kahlschlagssanierung, es wäre die größte ihrer Art in Ost-Berlin geworden (vergleichbar mit der gerade laufenden Sanierung Wedding-Brunnenstraße in West-Berlin) war nach 1970 nicht mehr durchsetzbar.

Was war geschehen? Im Zeitraum 1966 -1970 waren zusammen mit Bauten für hauptstädtische Funktionen sowie Handels- und Dienstleistungseinrichtungen 10.800 Wohnungen im Stadtzentrum und den angrenzenden Gebieten der Innenstadt entstanden. Der Wohnungszuwachs betrug infolge hoher Abrißquoten, insbesondere durch den Wohnungsverfall, von 1961 bis 1970 nur ca. 2.000 WE.

Und der Verfall der Altbausubstanz hatte weiter zugenommen. In Erwartung der Sanierung wurde nichts mehr investiert. Der angestaute Instandsetzungsbedarf war auf ca. 2 Mrd. Mark gestiegen. Das entsprach fast der Gesamtkapazität für Baureparaturen für 10 Jahre.

Unter diesen Bedingungen war, das 1971 vom SED-Parteitag unter dem nun neuen Parteichef Honnecker verkündete Programm zur Verbesserung der Wohnbedingungen, trotz weiterer Steigerung der Wohnungsneubauzahlen, nicht abzusichern.

Es wurde notwendig, die Wohnungsgrundfonds und ihre Entwicklung als ein komplexes Phänomen zu erkennen und zu planen. Unter Nutzung der Primärdaten der Wohnungs- und Gebäudezählung 1971 wurden von mir entsprechend komplexe Entwicklungsberechnungen, übrigens erstmals mit Großrechnereinsatz, durchgeführt.

Diese komplexen Berechnungen ergaben:

1. Der gesamte Altbestand ist grundsätzlich zu erhalten. Abrißgenehmigungen werden zur Ausnahme. Abriß ist nur statthaft, wenn der Instandhaltungsaufwand Abriß und Neubaukosten überschreitet.
2. Der sogenannte Ersatzneubau ist radikal zurückzufahren; d.h. der Wohnungsneubau muß vorrangig auf unbebauten Grundstücken erfolgen.
3. Die Baukapazitäten für Baureparaturen sind dringend zu entwickeln. Nach Umfang und in bezug auf Produktivität. Notfalls zu Lasten des Neubaus.
4. Der aufgestaute Erhaltungsbedarf erfordert eine entschiedene Begrenzung der Aufwendungen für die Modernisierung pro Wohnung zu Gunsten der Mittel für die Erhaltung.
5. Der individuelle Eigenheimbau (Neubau und Erhaltung), mit möglichst großem Anteil von Eigenleistungen, ist zu ermöglichen und zu fördern.

Diese Erkenntnisse waren eine Sache. Die politische Akzeptanz dieser Erkenntnisse eine andere. Das besondere Heikle der Situation bestand darin, daß ab Ende der 50er Jahre die Bevölkerung durch eine entsprechende Propaganda einseitig auf den Neubau eingeschworen wurde. Die Altbausubstanz wurde, obwohl noch 75% der Bevölkerung in ihr lebten, als etwas Überkommenes und Wertloses dargestellt, das so schnell wie möglich verschwinden mußte. Nur Neu ist schön. Dies allerdings war ein gesamtdeutsches Phänomen. Äußeres Zeichen für diese Haltung war unter anderem die rücksichtslose Vernichtung aller gründerzeitlicher Stuckatur. Instandgesetzte Gebäude mußten wie Neubauten aussehen.

Inzwischen war die Stadtemeuerung à la Kahlschlagsanierung in West-Berlin zu Höchstformen aufgelaufen. 1964 war das größte Sanierungsprojekt Wedding-Brunnenstraße gestartet und ein Stück Gründerstadt plattgemacht worden. Ein erschreckendes Ergebnis und ohne nennenswerten Bürgerprotest.

Das ändert sich erst 1972 (Anmerkung: Klausener Platz) und mit dem Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes in West-Berlin. Aber da waren die Planungsarbeiten am Amimplatz schon abgeschlossen.

Das Gebiet um den Amimplatz war von meiner Planungsgruppe als Modernisierungsgebiet vorgeschlagen worden. Es liegt im Nordwesten des Bezirks Prenzlauer Berg und gehörte mit seinen 17.200 Einwohnern in 8.300 Wohnungen auf insgesamt 40 ha zu den dichtbewohnten Wohngebieten Ost-Berlins. (Quervermerk: die heutige Fischerinsel hat eine höhere Dichte). Gravierende Merkmale waren fehlende Sanitärausstattung der Wohnungen, sehr geringer Anteil größerer Wohnungen, schlechter Bauzustand der Gebäude sowie nicht ausreichende Gebietsausstattung mit Freiflächen und sozialen Einrichtungen. Also ein prototypisches Sanierungsgebiet.

Die Zielstellung war aber neu und ungewöhnlich

1. Abriß möglichst Null;
2. Baureparaturkosten pro WE möglichst gering halten;
3. Maximalen Konsens mit der Bevölkerung herstellen.

Zur Beseitigung der funktionalen und baulichen Mängel und der Verbesserung der Gebietsausstattung war ein gewisser Abriß unvermeidbar. Er wurde aber nur dort vorgesehen, wo die Instandsetzung einschließlich der Modernisierung extrem hohe Aufwendungen erfordert hätten, bzw. wo sich durch Abriß von Wohngebäuden besondere Effekte für die Belichtung und Belüftung der Wohnungen, für die Schaffung größerer zusammenhängender Freiflächen und für die Einordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen ergeben. Das Konzept sah vor, daß bei einer Strukturverbesserung der Wohnungen insgesamt die Zahl der bewohnten Wohnräume konstant blieb.

Mit dem Magistratsbeschluß vom 9. Mai 1972 wurde die städtebauliche und sozial-politische Konzeption bestätigt und deren Realisierung beschlossen. Am 1. Januar 1973 begannen die Bauarbeiten. Der Amimplatz wurde nach anfänglicher Kritik zum Beispiel nicht nur in der DDR. Ich erinnere mich noch lebhaft an die Gespräche und Diskussionen mit Hämer, Fuderholz und Stimmann, um nur einige Kollegen aus dem Westen zu erwähnen.

Anders als in den Neubaugebieten, waren die betroffenen Bürger plötzlich nicht mehr anonym. Die gesamten Baumaßnahmen liefen unter den kritischen Augen der Bewohner ab. Sowohl in der Wohnung als auch im Gebiet.

Ein Bürgerbaubüro wurde eingerichtet und die betroffenen Familien wurden in mehreren Einzelgesprächen auf die zu erwartenden Wohnungsveränderungen und die damit verbundenen Baumaßnahmen vorbereitet. Zur Absicherung einer zeitweiligen Räumung von Wohnungen, wurde ein Mieterhotel für 90 Familien errichtet.

Rasch änderte sich mit der Fertigstellung der ersten Wohnungen auch die Haltung der betroffenen Bürger. Der zunächst von Skepsis getragene überwiegende Wunsch nach einer Ersatz-Neubauwohnung änderte sich. Schließlich überwog der Wunsch nach dem Verbleib im Kietz. Die modernisierte Altbausubstanz war akzeptiert worden. Nicht zuletzt auch wegen der niedrigen Mieten. Trotzdem blieb die Gründerzeitsubstanz bis zum Untergang der DDR bei der Parteiführung ungeliebt. Aber das ist ein anderes Thema.

Am Amimplatz entstand auf jeden Fall die erste behutsame Stadterneuerung. Fast 10 Jahre vor dem IBA-Konzept. Daß wir eher zum Umdenken gezwungen wurden, lag daran, daß die wirtschaftlichen Zwänge in der DDR keine Alternative offen ließen. Will sagen, es war nicht primär eine intellektuelle Planungsleistung, sondern eher eine flexible pragmatische Reaktion auf politische, wirtschaftliche und soziale Erfordernisse.

Wenn ich also eins gelernt habe, an den hier vorgetragenen Beispielen und anderen Arbeiten in meinem Berufsleben, so ist es das gesunde Mißtrauen gegenüber allzu eifrig verfolgten Patentlösungen und vor allem gegenüber längerfristig wirkenden Reglementierungen.

Genauso wenig wie es ewige Wahrheiten gibt, wird es keine sogenannte endgültigen städtebaulichen Lösungen geben. Radikale Reglementierungen, auch gut gemeinte, oder gerade diese, sind, so meine ich, das gefährlichste, was uns passieren kann.

Flexibilität im Denken und Bereitschaft zur behutsamen Korrektur mit begrenzten Mitteln braucht diese Stadt mehr denn je.

## Großstädtische Lebensweisen aus Bewohnersicht

Von Anneliese Neef (Abschrift nach Ton-Mitschnitt und Bearbeitung durch die Verfasserin)

Das Planwerk Innenstadt ist als Konzept großstädtischer Lebensweise weiterzuentwickeln!

Diese als Zwischenfazit apostrophierte Veranstaltung des Stadtforums berührt zwei Ebenen: den Hergang der Konzeptbildung sowie Inhalte zukünftiger Stadtentwicklung. Die bisherige Debatte reflektierte Zielkonflikte hinsichtlich der konkreten Umgestaltung der Berliner Innenstadt, aber vor allem zunächst Unzufriedenheit über Einschichtigkeit und geringe Transparenz des Planungsverfahrens (ohne Ideen der Fachleute aus dem Ostteil Berlins, ohne weibliche Sichtweisen, ohne Meinung der Kiezbewohner).

Das, was von den einsetzenden Auseinandersetzungen öffentlich wurde, war so sehr von mentalen und ideologischen Befindlichkeiten geprägt, daß sachliches Für und Wider noch kaum zu erkennen ist.

Dennoch seien auch mir noch einige Worte zu dieser Kontroverse gestattet.

Befremdlich fand ich die achtlose These der heutigen Stadtemeurer über die angebliche Stadtfeindlichkeit der DDR. Die sozialistische Gesellschaft orientierte sehr wohl auf die kulturelle und soziale Potenz städtischen Lebens. Freilich existierte eine andere Vorstellung von der Funktion öffentlicher Räume für die Bewohner. Es war auch nicht gewollt, daß die Innenstädte „historisches Reservat zur Förderung des Fremdenverkehrs nach westlich -amerikanischem Muster“ würden. Schon eher sollte ihre Architektur „den siegreichen Ideen des Sozialismus“ entsprechen, wie es im Leitmotiv zur sozialistischen Gestaltung der Stadtzentren (nach dem V. Parteitag der SED 1958) hieß. Primat hatte jedoch die Wohnbarkeit der Städte, die Schaffung von Wohnungen, die solide und bezahlbar für alle Gesellschaftsmitglieder ein Dach über den Kopf bringen sollten.

Die angestrebte Durchsetzung dieses Zieles mittels industrieller Bauweise auf großen (freigeräumten) Flächen förderte zwar die Besiedelung, brachte aber gleichzeitig jene bescheidenen und nüchternen Bauten, jene infrastrukturellen, kommunikativen und gestalterischen Defizite hervor, die aus der Sicht von Komfort- und Reichtumserfahrung als „Stadtfeindlichkeit“ wahrgenommen werden.

Die Erkenntnis mangelnder Komplexität so strukturierter städtischer Lebensweise hatte es seitens der Fachleute und der Bürger in der DDR zeitig gegeben. Stellvertretend sei hier der Leipziger Regionalhistoriker Karl Czok zitiert, der 1969 den erreichten Zustand so beschrieb:

„Eine sozialistische Gestaltung der Wohnkomplexe glaubte man ... vor allem durch großzügiges und weiträumiges Bauen gewährleistet. Auf diese Weise entstanden Wohngebiete mit großen Freiräumen, die mitunter das Ausmaß zentraler Plätze erhielten, deshalb jedoch

weder ästhetisch wirkten noch die Gesamtgestaltung der Siedlung positiv beeinflussten..." (Karl Czok, Die Stadt, Leipzig, Jena, Berlin 1969, S. 175).

Obwohl es 1952 nach Beschluß des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus" die eindeutige Orientierung auf den Erhalt des nationalen kulturellen Erbes auch für den Baubereich gegeben hatte, entstanden die hier erwähnten großen Flächen in Berlin, zu Beginn der 60er Jahre, gerade auch in den Arealen des heutigen „Planwerks" durch radikale Sprengungen historisch wertvoller Bauten.

Nicht nur in meiner Erinnerung ist die kalte Wut, die Ohnmacht und Fassungslosigkeit wach, mit der die Ostberliner das Abtragen der Zentralmarkthalle am Alex, die Trennung des Alexanderplatzes von Straßenbahnen und Bussen, die Beseitigung des Shellhauses, die Sprengung der Petrikirche und der Häuser des Fischerkietzes und das Schleifen der Schinkelschen Bauakademie mit ansehen mußten. All dies waren keine toten Anlagen und Gebäude gewesen. Von den Menschen, die sie genutzt hatten, die an ihnen hingen, war damals öffentlich nichts zu hören - im doppelten Sinne nicht: keine Proteste, nichts über ihren Verlustschmerz.

Die jüngeren Ostberliner hier im Saal, die diese über 35 Jahre zurückliegenden Sünden zurecht als finstere Geschichte betrachten, können sich vielleicht noch an die im Wesen ähnlichen Vorgänge in den 80er Jahren entsinnen, als es ums Gaswerk Greifswalder Straße ging. Hier hatte es deutliche Initiativen, Proteste, Gegenentwürfe von Bürgern gegeben, die seitens der SED und des Staates lediglich mit Ignoranz bzw. Maßregelungen beantwortet wurden. Geblieben war aus solchen historischen Erfahrungen eine anhaltende Empfindlichkeit gegenüber allem, was über die Köpfe hinweg geschah und eine distanzierte bis ablehnende Haltung gegenüber dem, was aufoktroiert entstand. Von daher teile ich auch die heutige Empfindlichkeit gegenüber unsensiblen Planwerksdiktaten. Was ich aber nicht nach vollziehen kann, ist die nahezu erbitterte Forderung der Unantastbarkeit all dessen, was aus dem selbstherrlichen und schon bald von Experten und Bewohnern als unzureichend erkannten DDR - Hauptstadtbaue hervorging.

Das auf den freigeräumten Flächen entstandene Zentrum der „Hauptstadt der DDR" hatte den von Czok angedeuteten Charme, es war langweilig, zugig, öde, weitläufig. Die Beziehung der Ostberliner zur City war gespalten. Junge, der Nostalgie unverdächtige Zeitgenossen nach Flanieren oder Verweilen in der Innenstadt gefragt: Weihnachtsmarkt - ja, auch Volksfeste auf dem Alex, „Verweilen" etwa in der Karl- Marx- Allee in Staus bei Maidemonstrationen oder als Winkende bei der befohlenen Begrüßung ausländischer Politiker. Keiner war jemals freiwillig die Alexander- oder die Holzmarktstraße entlanggeschlendert. Schon eher die Leipziger, aber auch hier zielstrebig die besseren Geschäfte, Gaststätten oder das Haus für Tschechische Kultur ansteuernd.

Unbedingt ist bei einer Umgestaltung der Innenstadt diese historische Phase sichtbar zu lassen, ein musealer lückenloser Erhalt dieser Lebensräume wäre zu weitgehend.

Formulierungen in dem vorliegenden Planwerksentwurf vom Februar 97 wie „Diskurs, Abstimmung, Offenheit, Angebot, Langfristigkeit“ weisen daraufhin, daß das Zusammenwirken von politisch Zuständigen, derzeitigen und potentiellen Nutzern der Innenstadt zumindest angestrebt wird. Ebenso scheinen Sätze wie „Verzicht auf Abriß“ und „behutsamer Umgang mit allen historischen Phasen“ einigen Ängsten die Spitze zu nehmen. Das ist als Angebot für demokratische Mitwirkung unbedingt wörtlich zu nehmen und die konstruktive Auseinandersetzung zu den Leitgedanken des Planwerks, zu Grundfragen der Stadtentwicklung und ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Parameter in der postindustriellen Phase Berlins überhaupt zu führen.

Noch immer gilt, was Le Corbusier bereits 1941 in seiner Schrift zur Charta von Athen formulierte: „...um von der Theorie zur Praxis zu kommen, ist das Zusammenwirken folgender Faktoren notwendig: einer politischen Macht, die so ist, wie man sie sich wünscht - klarblickend, sicher und entschlossen, die besten Lebensmöglichkeiten zu verwirklichen, die auf dem Papier ausgearbeitet und eingezeichnet worden sind; eine aufgeklärte Bevölkerung, die versteht, wünscht und fordert, was die Fachleute für sie ins Auge gefaßt haben; eine wirtschaftliche Situation, die erlaubt, Arbeiten(...) in Angriff zu nehmen und auszuführen“ (Le Corbusier, An die Studenten, in Die Charta d' Athenes, Hamburg 1962).

Einige Intensionen der planwerksbegleitenden Papiere scheinen mir Ansatzpunkte zu sein im Sinne einer Konkretisierung und Modifizierung der Ziele von Stadtentwicklung als Gesellschaftspolitik. Es geht nicht um die Aufteilung einer riesengroßen Immobilie „Innenstadt“, sondern um Räume und Formen, deren Inhalt pulsierendes städtisches Leben werden soll. Das ist auf den vorliegenden Zeichnungen kaum zu erahnen. Unter welchen Gesichtspunkten ist also an den „Bildern“ weiterzuarbeiten? Historizität, Urbanität, Identität und Nachhaltigkeit tauchen als übergreifende Begriffe in den Kommentaren auf. Sie haben m.E. soziale und kulturelle Dimensionen. Sie stellen sich dar als kompliziertes Geflecht von individuellen Subjektivitäten und sozialen Entwicklungen, das die Präsenz eines gegen Unendlich gehenden Spektrums von Angeboten, Möglichkeiten und Chancen städtischer Daseinsformen herausfordert.

Für die Diskussion über die Bewahrung oder Wiederherstellung eines historischen Antlitzes der Innenstadt gibt es etliche, sich z.T. überlagernde „Perspektiven“ bzw. Formen des Geschichtsbewußtseins: die der Ostberliner und der Westberliner, die Sichten und Erinnerungen derer, die Berlin vor dem Nachkriegsumbau kannten und auch jener, die die Stadt noch unzerstört in der Vorkriegszeit erlebten. Nicht zu vernachlässigen die Erwartungen aller

Deutschen an den Habitus ihrer Hauptstadt und den Eindruck, den internationale Besucher von Berlin mitnehmen sollten.

Bezüglich der Anforderungen an die Existenz (auch den zeitweiligen Aufenthalt) in der Stadt sind die verschiedenen Lebenslagen, Lebensstile und biographischen Lebensphasen zu denken, der unterschiedlich geartete Alltag von Frauen und Männern, von Jung und Alt, von Singles und Familien, Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Armen und Reichen.

Beispielhaft sei hier eine sehr sinnfällige Ableitung Richard Sennetts über den Zusammenhang von Individuellem und Gesellschaftlichem, von Privatheit und Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der Frage nach der zukünftigen Funktion der Stadt genannt. Als soziales Charakteristikum der postindustriellen Gesellschaft geht aus seiner Sicht die lebenslange Bindung an einen Arbeitsplatz verloren. Teilzeit, häufiger Wechsel, Zwangsmobilität untergraben die Bodenständigkeit und das Selbstwertgefühl großer Menschengruppen. Das Gespenst der Nutzlosigkeit überschattet das Leben nicht nur der Arbeiter, sondern auch der gebildeten Schichten. „Deshalb suchen die Menschen nach Ausgleich an Orten, an denen sie leben: persönliches Ansehen an ihrem Wohnort, wem schon nicht mehr am Arbeitsplatz. Ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Stabilität in der Gemeinde, wie es in den großen und ständig umstrukturierten und weiterverkauften Firmen nicht mehr zu finden ist“. Sennett fordert von Stadtplanern, daß die Suche nach neuen Formen dauerhafter menschlicher Beziehungen im Mittelpunkt der Krisenbewältigung stehen müsse. Dabei könne der anonymisierende, ausgleichende, demokratisierende Charakter städtischen Lebens produktiv sein. „Natürlich wird niemand behaupten, ein unpersönliches Stadtleben könne der Realität wirtschaftlichen Scheiterns oder der dadurch ausgelösten Empfindungen ein Ende machen. (...) Aber schon die Wohltat des dichten Geflechts aus Straßen, Kneipen, Spielplätzen und Märkten (...) bleibt nicht folgenlos. Solche verdichteten Formen bürgerlicher Gesellschaft prägen, wie sich Menschen selbst als Bürger wahrnehmen. Das Gefühl eines 'Rechts auf die Stadt' wie das der verstorbene Henri Lefebvre ausdrückte, verhilft Menschen zu dem Gefühl, sie hätten auch ein Recht auf andere Rechte" (Richard Sennett, Etwas ist faul in der Stadt, Die Zeit, Nr. 18, 1996, S. 47).

Was Sennett hier anmahnt, ist auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu sehen: ein Denkmodell, das nach der Zukunftsfähigkeit fragt und Ansprüche folgender Generationen antizipiert. Welchen ökologischen und sozialen Erfordernissen werden Siedlungsformen überhaupt in 100 Jahren standhalten müssen. Die qualitativen Veränderungen im individuellen Zeithaushalt der Menschen (immer weniger Arbeit, zunehmende freie Zeit) und die Polarisierung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen sind nur ein Anhaltspunkt. Weitere Fragen sind offen: Welche sozialen Existenzformen werden dominieren? Einzelhaushalte oder Familienperspektiven? Welche Strukturen im sozialen Dasein wird die höher werdende Lebenserwartung der Bevölkerung zeitigen?



Die von Sennett positiv bewertete Dichte ist im Postulat der Urbanität, im Planwerk angestrebt. Dichte für die einen Ballung, Enge, Dickicht, Dschungel, Moloch - hat andererseits die Komponenten der Fülle, Vielfalt, Reichhaltigkeit, Auswahl, Bequemlichkeit. In dieser Ambivalenz liegen sozial Gefahren und Chancen. Aber auch für die räumliche Stadtentwicklung ist Dichte i. e. S. als Innenstadtverdichtung von Bedeutung. Sie ist Voraussetzung für den Erhalt der Unverwechselbarkeit einzelner Stadtteile, für den deutlichen Unterschied von Stadtrand und Stadtmitte und sie produziert den herausgehobenen Charakter der City. Für die Bewohner bedeutet dies die Möglichkeit einer eindeutigen Entscheidung für oder gegen großstädtische Lebensweise ganz bestimmter Prägung, für die freie individuelle Entscheidung über Distanz und Nähe zu Dingen und Menschen. Das Prinzip Innenstadtentwicklung vor Außenentwicklung wirkt auch gegen Zersiedlung und Ausfransen der Stadtränder, gegen die Zerstörung zusammenhängender Natur vor den Toren der Stadt und in den grünen Stadtbezirken, die einen der wertvollsten Reichtümer der Berliner Stadtlandschaft darstellen.

Von daher definiert sich auch die besondere Funktion der City. Sie ist im Kontext zur Gesamtstadt, nicht additiv zu denken und hat ihren bestimmten Platz in der Hierarchie der Stadtnutzung. Wie aber muß sie beschaffen sein, um Menschen anzuziehen, die nicht dort arbeiten oder wohnen? Und wie kann sie bewohnbar erhalten/ gemacht werden? (Rezept „Berliner Miethaus“, Verkehrsproblematik, innerstädtische Grünzüge).

Erst in der Wechselwirkung von individueller Befindlichkeit und objektiven Bedingungen kann etwas entstehen, was Identität genannt wird. Sie kann m.E. nicht von oben „gestiftet“ werden, sondern entwickelt sich letzten Endes als positives Ergebnis der Auseinandersetzung von Menschen mit ihren Lebensbedingungen. Sie hat etwas mit Wohlbefinden und „Heimat“ zu tun und setzt physisches, psychisches, sinnliches, mentales und intellektuelles Einverständnis mit dem Lebensraum voraus. Solche Identität produziert Zugehörigkeit, Verantwortung gegenüber den Mitbürgern und Berlinbesuchern. Sie fördert auch aktive Mitwirkung an gesamtstädtischen Belangen. In diesem Sinne, denke ich, sollte auch die Einbeziehung der Berliner am Planwerk vorangehen.

## **Aneignung und Wahrnehmung des Stadtraums - vier Beispiele**

Von Bernd Hunger Nachfolgend versuche ich, zwei Fragestellungen

nachzugehen:

- Was kann man lernen aus dem Baugeschehen der letzten Jahre in Berlins historischer Mitte? Wie tragfähig erweist sich die Methode der kritischen Rekonstruktion in der Praxis? Wie verändern sich Wahrnehmung und Aneignung der Stadt durch das im Gang befindliche innerstädtische Bauen?
- Welche Erfahrungen und Bilder verbinden die Menschen mit dem Erleben der Innenstadt? Was könnte für Bewohner und Besucher verschiedener sozialer und geographischer Herkunft, mit verschiedenartigen Biographien und Bedürfnissen von gemeinsamem, übergreifendem Interesse sein?

### **Beispiel 1: Der „Checkpoint Charly“ • barocker Stadtgrundriß versus jüngste Weltgeschichte**

Kein Ort der Stadt war in stärkerem Maße Symbol und Brennpunkt jüngster Weltgeschichte. Die sich gegenüberstehenden Panzer, der Schlagbaum am Wachturm der DDR-Grenztruppen, die unüberwindliche Mauer sind als Bilder um die Welt gegangen und tief im Gedächtnis der Menschen verankert. Dieser Kreuzungspunkt von Friedrichstraße und Zimmerstraße war das städtebauliche Merkmal des kalten Krieges schlechthin und hätte zum Markzeichen seiner Überwindung werden können.

Davon ist nichts mehr zu sehen. Jüngste Weltgeschichte wird zugebaut nach der städtebaulichen Figur des barocken Stadtgrundrisses. Strafverschärfend in einer abweisenden, kalten Architektur, die den nach der Bedeutung des Ortes suchenden Touristen ratlos zurückläßt. Der Wachturm findet sich als Karikatur der ehemaligen Symbolik des Ortes im Innenhof eines beliebigen Bürobaus wieder. Ungenutzt blieb die Chance, einen Platz zu gestalten, der im strengen städtebaulichen Ensemble der Friedrichstadt eine angenehme Auflockerung bewirkt hätte und mit Sicherheit ein Hauptaufenthaltort der Touristen geworden wäre.

Die an vielen Stellen der Stadt richtige und wichtige Methode der kritischen Rekonstruktion wendet sich hier gegen ihr eigentliches Anliegen: die Wiedergewinnung des ursprünglichen historischen Stadtgrundrisses zerstört das Bild des Ortes, wie es im Gedächtnis der Weltöffentlichkeit vorhanden ist.

Das Beispiel verweist auf die Kompliziertheit der Frage, die an jedem Ort konkret neu zu stellen ist: welche historische Schicht ist die prägendste und bewahrenswerteste? (einschließlich der gegenwärtigen Nutzung!)

### **Beispiel 2: Die Kreuzung Unter den Linden / Friedrichstraße - historischer Grundriß versus Nutzungswandel**

An dieser vielleicht prominentesten Kreuzung Berlins haben sich mehrere Planer-Generationen um eine Aufweitung zu einem Platz bemüht, der Aufenthaltsqualität bietet und die Bedeutung

des Ortes betont. Der schmucklose Glaskasten der Bauakademie der DDR wurde deshalb von der Straßenfront zurückgesetzt und bot dem im Erdgeschoß befindlichen Cafe „Lindencorso“ eine Terrasse, ergänzt durch einen Brunnen und Blumenbeete. Dieser wohl beliebteste Treff- und Ausruhpunkt zwischen Spree und Brandenburger Tor ist heute zugebaut, mit dem neuen Lindencorso ist der öffentliche Raum wieder auf den schmalen Bürgersteig eingeeengt. Derselbe Rückbau wird auf dem derzeit noch vorhandenen Platz vor dem Hotel „Unter den Linden“ passieren, der auf der gegenüberliegenden Straßenseite liegt.

Statt akademisch durchgezogener kritischer Rekonstruktion wäre die Aufwertung der Platzräume möglich gewesen. Die klare, aber auch strenge und für den Besucher anstrengende Raumfolge der Friedrichstraße hätte vermutlich durch den Rhythmus von Straße und Plätzen gewonnen: Check Point, Lindencorso, Bahnhofsvorplatz. Aber nein - auch der Grünraum am Bahnhof Friedrichstraße steht zum Rückbau an.

Die verallgemeinerbare Fragestellung heißt: Wo stößt das Bemühen um den historischen Stadtgrundriß auf einen so deutlichen Bedeutungs- und Nutzungswandel eines Ortes, daß es mehr schadet als nutzt?

### **Beispiel 3: Leipziger Straße - Verdichtung als Verschlechterung von Aufenthalts- und Wohnqualität**

Das Hochhaus-Ensemble des DDR-Städtebaus der 70er Jahre umschließt die leistungsfähigste Straßenverbindung zwischen Ost- und Westberlin und bietet auf der besonnten Nordseite einen Boulevard mit Aufenthaltsqualität. Das Pendant der hier erreichten hohen Dichte ist der Grünstreifen zwischen Friedrichswerderscher Kirche und Spittelmarkt.

Der Rückbau-Vorschlag des Planwerkes zerstört genau die beiden Stärken der städtebaulichen Situation: den Boulevard und den Friedrichswerderschen Grünraum. Die räumliche Fassung des Gesamtensembles geht verloren. Es verbleibt ein Boulevard-Reststück, das hohe Qualität erhalten könnte, aber für den Fußgänger nur über die nun eng gewordene, vermutlich laufend verstaute Straße erreichbar ist.

Das Beispiel der Leipziger Straße verweist auf drei Probleme des Planwerkes Innenstadt:

- das gestalterische Lächerlich-Machen der Städtebaumodeme;
- die völlig ungeklärten Folgen des Straßen -Rückbaus für die gesamtstädtischen Verkehrsströme;
- die Vernachlässigung freiraumplanerischer Überlegungen.

### **Beispiel 4: Plädoyer für den Freiraum**

Vorangestellt sei eine Zwischenüberlegung: was fördert den sozialen Zusammenhalt der Stadt? Vielleicht leistet der öffentliche Stadtraum, in dem sich Menschen unterschiedlichster Lebenslagen wahrnehmen, einen Beitrag für das Zugehörigkeitsgefühl zum städtischen Gemeinwesen. Separierung gibt es mehr als genug, der Stadtraum aber kann Menschen zusammenführen, wobei an einfachste Bedürfnisse zu denken ist: das Spaziergehen im Park, der Besuch des Zoos, des Marktes, des Rummels usw., das Bus- oder Bahnfahren, das Freibad, der Stadtbummel zum Einkaufen oder zum Erleben von anderen Städten.

Damit Stadträume Integrationsfunktionen übernehmen können, sind einige Voraussetzungen wichtig:

- Es muß ein allen gemeinsames Interesse an der Nutzung dieser Räume geben
- Die Nutzung muß kostenlos, zumindest für viele erschwinglich sein.
- Die Räume dürfen nicht verwahrlost, aber auch nicht zu stark auf bestimmte Zielgruppen und Einzelbedürfnisse zugeschnitten sein.

Öffentliche Stadträume werden oft dann gut angenommen, wenn sie Kontrasterlebnisse bieten: Attraktion und Ruhe, Stadterlebnis und Naturerlebnis, andere Menschen erleben und seine Ruhe haben etc.

**Alle diese Möglichkeiten bietet der große Freiraum zwischen Fernsehturm und Spree im speziellen und das Freiraumsystem der historischen Mitte im Ganzen potentiell an.**

Der Raum vom Fernsehturm hinunter zur Spree könnte meines Erachtens *der* große Aufenthalts- und Begegnungsraum der Metropole werden:

- Er vermittelt einen Eindruck von Großzügigkeit und Weite, als grünes Pendant zum eher städtisch angelegten Alexanderplatz.
- Er wird räumlich durch Wohnbebauung gefaßt, der Glaskasten des Bahnhofes Alexanderplatz ist Abschluß und Verbinder zum Alexanderplatz. Die Behrens-Bauten wirken wie Eingangstore.
- Der Platz selbst hat unterschiedliche Charakteristika: Wasserspiele, Wiese, flankierende Boulevards, Versammlungsplatz vorm Rathaus, Park hinunter zur Spree.

All dies ist zur Zeit entwertet, zum Teil verwahrlost und vermüllt - und könnte doch durch ein behutsames freiraumplanerisches Konzept ohne zusätzliche Bebauung erheblich aufgewertet werden.

Der fließende Großraum mit verschiedenartigen geglückten und weniger geglückten Nutzungsangeboten drückt Lebensgefühl und Ästhetik der 60er Jahre aus und scheint für sich wandelnde Bedürfnisse mit geringen Anpassungen dauerhaft geeignet zu sein. Nichts wäre trauriger, als ihn durch derzeitige Bauten à la Friedrichstraße zerstört zu sehen.

Die freiraumplanerische Verantwortung der Innenstadtplanung wird noch deutlicher am Luftbild des Freiraumsystems der historischen Mitte als Ganzes. Deutlich wird der Zusammenhang des Grünsystems als höchstes Gut dieses Stadtraumes, das verschiedene Erlebnis-Folgen bietet, u.a.:

- Der Fußweg längs der Spree (nach Westen) zum Monbijou-Park, vorbei an der Museumsinsel zur Weidendammer Brücke an der Friedrichstraße.
- Der Weg in entgegengesetzter Richtung durchs Nikolai-Viertel (die sozialistische Variante der kritischen Rekonstruktion) über die Spree entlang bis zur Jannowitzbrücke.
- Der Weg vom Alex quer durch den großen Freiraum zum Dom, dann Unter den Linden hinunter, usw.usf. Was zeigen die Momentaufnahmen

heutiger Nutzung?

- Einige Möglichkeiten der Aneignung des Systems von Wegen und Grünräumen, das bereits heute eine teilweise hohe Qualität hat, das aber erheblich verbessert werden kann betreffs der Vernetzung wichtiger Orte untereinander.
- Wahlmöglichkeiten des Fußgängers in offenen Stadträumen als Kontrast zur Kanalisierung der Bewegung in den Gründerzeitquartieren.
- Milieu-Vielfalt. Wechsel von Stadt- und Erholungsräumen.

**Das "Planwerk Innenstadt" thematisiert die Qualitäten und Entwicklungsmöglichkeiten des Freiraumsystems zu wenig. Im Gegenteil, es gefährdet das vorhandene System durch Bebauungsvorschläge für sensible Bereiche: das Spree-Ufer, die Grünflächen auf dem Freidrichswerder, die zentrale grüne Mitte.**

Lehnen wir uns zurück und fragen uns: was macht die Faszination von Berlins Innenstadt aus?

Offensichtlich nicht das Bemühen um harmonische städtebauliche Ensembles, sondern:

- das Erlebnis von Geschichte mit all ihren Brüchen und Schichten
- das Erlebnis von städtebaulicher Vielfalt und verschiedenartigen Milieus
- eine hohe Erholungs- und Wohnqualität innerhalb der Stadt aufgrund eines ungewöhnlich umfangreichen, noch erheblich aufwertbaren Freiraumsystems.

Was erstaunlicherweise nach nunmehr 7 Jahren Innenstadt-Planen immer noch fehlt, sind empirische Grundlagen für die Entwurfsarbeit:

- eine Wahmehmungsstudie, die das Bild der Innenstadt aus der Sicht verschiedener Nutzergruppen darstellt (psychologischer Stadtplan, gemäß der Methodik von Kevin Lynch)
- eine Milieu-Studie, die heutige Nutzungen empirisch abbildet (Fußgängerströme, beliebte Aufenthaltsorte, Nutzungscharakteristika der verschiedenen Orte, Vernetzung der Stadt-Erlebnisse untereinander etc.)

Auf dieser vom wirklichen Leben ausgehenden Basis könnte der Diskurs des Gemeinwesens Berlin über seine städtebaulichen, sozialen und kulturellen Ansprüche an seine Innenstadt ggf. weniger konfrontativ geführt werden.

### **Was für Schlüsse ergeben sich aus dem Diskutierten für den städtebaulichen Umgang mit Berlins alter Mitte?**

1. Öffentliche Räume mit wichtiger Erlebnis- und Erholungsfunktion mit Priorität aufwerten und vernetzen.
2. Mit dem Zubauen sensibler Räume Zeit lassen. Provisorien und Inszenierungen als positive Zwischenlösungen sehen. (Reichstags-verhüllung, Papp-Schloß, Palast-Bauakademie, rote Info-Box, Pyramide: alles Aktionen, die positive Aufmerksamkeit erzeugt haben).
3. Konkrete Orte nicht nur aus ihrer historischen, auch aus ihrer aktuellen Besonderheit heraus beurteilen: was passiert hier, an dieser Stelle? Für wen ist sie nützlich, wen stört sie? Für welche Menschen und welche Zwecke könnte sie verbessert werden? Verschlechterungs-Verbot.
4. Aus den gebauten Erfahrungen mit der Methode der kritischen Rekonstruktion lernen (Friedrichstraße).
5. Sich erinnern an die sozialen Ziele des Bauens, die in den Räumen der Moderne unsentimental verwirklicht wurden: Besonnung, Grün, Kinderspiel, elementare Regeln der Städtebauhygiene. Bezahlbarer Wohnraum, dichtes Netz von Gemeinbedarfseinrichtungen für den Lebensalltag: Ansprüche, die auch im Kern der Metropole ihren Platz haben und zu den Kriterien städtebaulicher Nachhaltigkeit gehören.

## **Die Ziele des Planwerks Innenstadt**

Die Zukunftsfähigkeit unserer Städte zu erhalten, gehört zu den Herausforderungen der heutigen Gesellschaft. Nachfolgend drucken wir die thesenartigen Ziele des Planwerks Innenstadt, die von den Verfassern formuliert wurden und über die ein allgemeiner Konsens besteht. Wie die bisherige Auseinandersetzung gezeigt hat, ergeben sich die Konflikte erst in der visuellen Umsetzung der abstrakten Prämissen. Es gilt daher, eine gemeinsame Basis für die weitere Debatte zu finden, um das Planwerk als Chance für die Stadtentwicklung Berlins zu qualifizieren.

### **1. Stadtaneignung durch Stadtdialog: die Neuformulierung der Berliner Identität**

Die Aneignung der wiedervereinigten Gesamtstadt Berlin als Stadt aller Berliner, als Hauptstadt aller Deutschen und als europäische Metropole ist bisher nicht vollzogen. Gleiches gilt für die Aneignung der Berliner Innenstadt als gemeinsamer identifikatorischer Bezugspunkt und nicht als Addition und reziproke Aneignung von City Ost und City West. Die Diskussion um das Planwerk Innenstadt fördert das Ringen um ein ganzheitliches städtebauliches Konzept. Das gemeinsame Überdenken von Funktion und Gestalt der Berliner Innenstadt zielt auf den Abbau der nach wie vor deutlich spürbaren Ost-West-Konfrontation und der überholten Identitäten von City Ost und City West.

Mit dem Planwerk Innenstadt werden bislang vorliegende Einzelplanungen auf Kompatibilität oder Widersprüche überprüft, bestätigt oder revidiert und durch städtebauliche Planungen für wichtige zentrale Bereiche ergänzt. Alle Einzelplanungen werden miteinander vernetzt und fließen ein in den übergeordneten Zusammenhang eines integral verstandenen Städtebaukonzeptes.

### **2. Stadtentwicklung durch Nachhaltigkeit**

Nachhaltige Stadtentwicklung zielt auf eine großstädtische Innenverdichtung durch Ausbau innerstädtischer Potentiale. Damit wird - ressourcensparend und umweltbewußt - die weitere Zersiedlung und landschaftszerstörende Außenentwicklung gebremst. Die Erhöhung der baulichen Dichte bedeutet funktionale Verdichtung und effektivere Auslastung der technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur. Dies schafft bei kurzen Wegen eine Konzentration und Verflechtung von wirtschafts- und gesellschaftsrelevanten Kommunikationsformen. Zugleich werden die sich dialogisch ergänzenden Qualitäten von verdichteter 'Großstadt' im Zentrum und offenem 'Landschaftsraum' am Stadtrand gestärkt.

### **3. Die Qualifizierung des öffentlichen Raums durch Reurbanisierung**

Der Zustand öffentlicher Räume der Innenstadt entspricht heute an zentralen Orten nicht den Ansprüchen einer europäischen Metropole.

Insbesondere im Historischen Zentrum ist eine qualitative Aufwertung notwendig, um die Lebens- und Aufenthaltsqualitäten für Berliner und Besucher zu verbessern, den repräsentativen Hauptstadtfunktionen gerecht zu werden, aber auch, um sich im internationalen Wettbewerb der Metropolen als Standort behaupten zu können. Die unwirtliche Leere mit Schnellstraßenschneisen und Tunneln muß reurbanisiert werden. Öffentliche Stadträume sind durch gestalterische Maßnahmen und durch Stärkung der innerstädtischen Funktionsmischung aufzuwerten bzw. neu zu schaffen und zu vernetzen.

Weite Bereiche des Historischen Zentrums weisen heute einen für Innenstädte sehr hohen Anteil an ausgewiesenen Grün- und Freiflächen auf. Sie verfügen jedoch über viel zu geringe Aufenthalts-, Nutzungs- und Gestaltqualitäten und eine unzureichende Vernetzung. Ein solcher Umgang mit innerstädtischen Flächenpotentialen ist weder großstadtgemäß, noch wirtschaftlich effizient und zudem gesamtökologisch bedenklich. Er muß abgelöst werden durch urban gestaltete Stadtstraßen, Uferpromenaden, Plätze, Blockparks, Pocket Parks und Gartenhöfe.

### **4. Neue Typologien für innerstädtisches Wohnen und Arbeiten**

Um die Abwanderung oder Verdrängung des Wohnens - insbesondere des für Berlin typischen sozial durchmischten Wohnens - aus der Innenstadt aufzuhalten und umzukehren, sind Maßnahmen gegen eine weitere monomnktionale Citybildung zur Büro- und Geschäftsstadt notwendig. Hierzu sind neue Typologien für innerstädtisches Wohnen und Arbeiten zu entwickeln. Es erfordert aber auch eine deutliche Stärkung und Verbesserung, insbesondere des innerstädtischen Wohnens, durch Verzicht auf Abriß, durch Sanierung und Aufwertung des Bestandes sowie durch verdichtende Neubaugergänzung. Diese innerstädtische Entwicklung muß gekoppelt sein an neue Formen des Privateigentums - auch an selbstgenutzten Eigentumswohnungen - bei gleichzeitigem Abbau des Kommunaleigentums. Hierfür sind städtische Flächenpotentiale zu mobilisieren, die durch überholte Stadtmodelle vakant geworden sind.

Der auf kleiner Parzelle errichtete Stadthaustyp zeigt jenes hohe Maß an Nutzungsflexibilität und Nutzungsmischung (Miet- und Eigentumswohnungen, Kleingewerbe, Handel, Infrastruktur), das für die Aufwertung der Innenstadt, für die Sicherheit des privaten Kleinanlegers und für ein verändertes Stadtbürgerliches Bewußtsein von größter Bedeutung ist.

### **5. Neue Organisationsformen der Bodenwirtschaft und Bauherrenschaft**

Sozial geförderter Wohnungsneubau wird im großen Umfang der vergangenen Jahrzehnte vorerst nicht mehr finanzierbar sein. Um die Innenstadt dennoch durch Wohnungsbau städtebaulich zu entwickeln, ist es erforderlich neue Wohn- und Eigentumsformen sowie neue Bauherrenmodelle zu schaffen, mit denen Anreize für private, an kleinen und mittleren Baulosen interessierte Bauherren geschaffen werden. Dies kann durch Aktivierung innerstädtischer Grundstücke und durch eine kleinteiligere Parzellenstruktur gefördert werden, die an die Stelle von großflächigen Ausweisungen monofunktionaler Strukturen tritt.

## **6. Stadtplanung durch Stadtmanagement**

Die spezifische Aufgabenstellung des Planwerks Innenstadt würde bei Festhalten an einer passiv-bürokratischen Stadtplanung kaum zum Erfolg führen. Die mit dem Projekt einhergehenden Aufgaben - die Ausgestaltung der öffentlichen Räume, Neubau, Rückbau und Verlegung von Straßen, Leitungen und anderer stadttechnischer Infrastruktur sowie Grundstücksbildung, Bodenwirtschaft und Finanzierung - erfordern eine sorgfältige städtebauliche Kalkulation, um die privatwirtschaftliche Machbarkeit zu überprüfen. In einem weiteren Schritt ist die Einsetzung eines oder mehrerer treuhänderischer Entwicklungsträger erforderlich, die als Koordinatoren die Umsetzung des Rahmenplans - die Schaffung von Planungsrecht, den Bau der Infrastruktur, die Vergabe der Grundstücke, etc. - zu betreuen haben.

Die Umsetzung der Planung wird als offener, schrittweiser, nicht an eine starre Terminplanung gebundener Prozeß verstanden. Dabei darf keine Einzelmaßnahme das langfristige Planungsziel blockieren.

## **7. Ablösung der 'autogerechten Stadt' durch ein angebotsorientiertes Mobilitätskonzept**

Die Überwindung der autogerechten Stadt zugunsten des Grundsatzes der benutzergerechten Stadt erfordert Stärkung und Ausbau des Mobilitätsangebots durch das Öffentliche Nahverkehrsnetz (ÖPNV) und Radwegenetz bei gleichzeitiger Einschränkung des innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs (MIV) u.a. durch die weiträumige Umfahrung des Zentrums. Das politisch bereits verabschiedete Modalsplitting von 80% ÖPNV zu 20% MIV muß in die Tat umgesetzt werden und einhergehen mit der Reduktion der Stadtbild-, stadtraum- und stadtturfekindlichen Schnellstraßenschneisen auf einen der jeweiligen historischen Topografie angemessenen Maßstab. Der Abbau des motorisierten Verkehrs zugunsten eines neuen Mobilitätskonzeptes ist nicht nur eine Frage der innerstädtischen Lebens- und Aufenthaltsqualität und des ökologischen Positionsbezugs, sondern enthält auch einen wirtschaftlichen Aspekt: Berlin könnte zur Referenzstadt für den modernen Verkehr und zum Vorreiter der Technologieentwicklung auf diesem Sektor werden.



## **8. Historisches Zentrum: Die Qualifizierung der Stadttextur durch dialogischen Stadtbau**

Ausgangspunkt für die Interpretation der historischen Stadtstruktur ist die Überlagerung unterschiedlicher historischer Schichten. Hierzu gehört auch die Geschichte der Kriegszerstörungen und des Wiederaufbaus der Nachkriegszeit in Ost und West. Keine historische Phase soll verleugnet werden.

Monofunktionaler Bestand wird durch die komplexen ortsbezogenen Bestandsergänzungen einer 'Modernisierungsschicht' erweitert, deren Nutzungsprofil sich an den Anforderungen an ein modernes, aber historisch abgeleitetes Zentrum orientieren. Ziele sind dabei einerseits das Wiederanknüpfen an die historische Kontinuität sowie die Annäherung an den historischen Stadtgrundriß, andererseits die Schaffung eines spannungsvollen dialogischen Zusammenhangs zwischen Alt und Neu, der durch Mehrschichtigkeit und Widerspruch, Vielfalt und Mischung geprägt ist.

## **9. City West: Die Qualifizierung der Stadttextur durch Stärkung von Netz und Knoten**

Ziel des Planwerks Innenstadt ist die Stärkung und Weiterentwicklung der für die City West charakteristischen urbanen Struktur. Sie besteht aus dem Gerüst von Boulevards, Straßen, Plätzen, Blockstrukturen mit breit gemischten öffentlichen und privaten Nutzungen, aber auch den modernen Verdichtungs-'Knoten' von überlokaler Bedeutung (z.B. Breitscheid-, Ernst-Reuter-, Theodor-Heuss-Platz). Über diesen Zusammenhang von Netz und Knoten definieren sich die jeweiligen Entwicklungsziele: Verhindern einer monofunktionalen Büro- und Geschäftsstadt an Breitscheid- und Hardenbergplatz; Rückgewinnung von verknüpfender Stadttextur im Bereich der Verkehrsbreschen der Nachkriegszeit (Schillstraße, Urania); 'Heranrücken' der City West an das Historische Zentrum (Kulturforum, Gleisdreieck). Die Collage aus 'texturbetonten' und 'objektbetonten' Strukturen birgt in sich das Potential zu einem lebendigen, modernen Stadtbild.

## **10. Modernität mit Tradition: die Ablösung der Paradigmen des Städtebaus der Moderne**

Der moderne Städtebau des 20. Jahrhunderts sah in der Auflösung der Städte sein Ziel. Folglich wurde die Stadt als eine historisch gewachsene Kulturform und als Ort des kollektiven Gedächtnisses verleugnet.

Nicht das Modell der Tabula Rasa', mit dem die Moderne Platz für das Neue auf Kosten des Bestehenden geschaffen hat, sondern der Dialog mit den Gegebenheiten von Ort und Erinnerung bestimmen heute den Umgang mit der Stadt als einer wesentlichen Lebensform. Fortschritt definiert sich am Ende des 20. Jahrhunderts als ein hohes Maß an Flexibilität, bei dem Erfahrung mit neuer Erkenntnis in die Beantwortung der Aufgaben und Anforderungen von Gegenwart und Zukunft einfließt.

Dies bedeutet auch eine Ablösung der Paradigmen der Stadt der Moderne durch eine Neubestimmung der Werte:

- Permanenz von Stadt und Architektur, nicht 'Städte für eine Generation'
- 'Stadt' und 'Land', nicht 'Stadtlandschaft'
- Nachhaltige Verdichtung, nicht Auflösung der Städte
- Bestätigung des Bezuges zwischen Architektur/Parzelle und Stadt/Stadtraum, nicht Auflösung
- Definierter städtischer RAUM, nicht fließend-offene Preiräume
- Mobilitätsgerechte und benutzerfreundliche Stadt, nicht autogerechte Stadt
- Funktionsdurchmischung, nicht Funktionstrennung
- Eigentümer, statt Mieter, bei Neubauten für innerstädtisches Wohnen und Arbeiten
- Flexibilität zulassende Typologien, nicht starr auf Monofunktionalität angelegte Strukturen
- Modernität mit Tradition, nicht Bruch mit Geschichte und Tradition
- Stärkung einer für Berlin und die Europäische Stadt typischen Identität, nicht internationale Uniformität.

Anlage 2:

## **Adressen der Referenten**

### **Peter Strieder**

Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Am  
Köllnischen Park 3 10179 Berlin

### **Dr. Bruno Flierl**

Thulestraße 25  
13189 Berlin

### **Manfred Zache**

Rudolf-Breitscheid-Str. 22  
16540 Hohen Neuendorf

### **Dr. Anneliese Neef**

Schettkatstraße 12 12589  
Berlin

### **Dr. Bernd Hunger**

Zimmerstraße 11  
10969 Berlin

### **Peter Meyer**

Schönerlinder Str. 11 16341  
Zepemick

Karl-Marx-Allee

Eine Gesellschaft, der die Inhalte verlorengegangen sind, die keine Visionen produziert, die keine sozialen Utopien mehr hat, flüchtet sich in einer Zeit der sozialen Spaltung des Landes in einen Ästhetizismus toskanischer Prägung.

Das Haus Strieder befaßt sich nicht mit Inhalten.

Die Vorstellungen für den Stadtbau entspringen nicht der genutzten, lebendigen, einmaligen, schon vorhandenen Stadt und ihren Qualitäten und Defiziten, sondern einer merkwürdigen Mischung aus romantischer Stadtsehnsucht und fragwürdig-einseitigem Umgang mit Geschichte, vor allem mit der des Ostens.

Das wird im Umgang mit den bewohnten Gebieten der Innenstadt besonders deutlich, wie der Leipziger Strasse (4.500 Bewohner), der Fischerinsel (2.800 Bewohner) und natürlich dem Wohngebiet an der Karl-Marx-Allee.

Diese Gebiete werden als Stadtbrachen empfunden.

Dabei ist die Karl-Marx-Allee zuallererst ein erstaunlich gut funktionierender Lebensraum für 10. 000 Menschen im "Grünen", mitten in Berlin .

Dieses Stück Stadt ist ein Wohngebiet, das erste sozialistische, das in der Tradition der Moderne steht; und dies nicht nur stadträumlich und ästhetisch, sondern vor allem sozial. Es ist nicht die Königs- sondern die Bewohner-Stadt.

Es ist Sinnbild für den Willen, aus dem zerstörten Berlin von 1945 eine neue, lichte Stadt wachsen zu lassen.

Und es ist nach letzten soziologischen Untersuchung ein Ort hoher Akzeptanz durch die Bewohner.

Das muß der Ausgangspunkt jeder städtebaulichen Überlegung sein.

Das Wohngebiet an der Karl-Marx-Allee stellt sich prägend in den Stadtraum der Berliner Mitte, es hat seine eigene stadträumliche Ordnung, die es zu stärken und nicht zu zerstören oder zu überformen gilt.

Jeder Versuch, die das Gebiet bestimmenden Ränder in der Alexanderstrasse oder in der Karl-Marx-Allee zu verstellen oder zu verbauen muß angesichts der strukturellen Stärke der städtebaulichen Figur scheitern und legt den Verdacht nahe, dieses Stück unliebsamer Geschichte nicht mehr sehen zu wollen und es auf diese Weise zu bewältigen.

Peter Meyer

Architekt

für

Architekturbüro

Meyer Bach Hebestreit Sommerer

## Grundposition

Das Gutachten geht von dem real existieren Stück Stadt Kari-Marx-Allee, II. Bauabschnitt aus. Es analysiert das Gebiet und seine städtebaulich-räumliche und funktionale Verflechtung.

Es versucht, Qualitäten und Mängel aufzuzeigen und daraus Ansätze für Entwicklungsrichtungen und Entwicklungspotentiale abzuleiten.

Dabei besteht das Ziel, einen unverwechselbaren Ort zu schaffen, den "genius loci" zu erspüren und zu beleben.

Wir verstehen diesen Beitrag also als

"...Plädoyer für eine städtebauliche Rationalität, eine Rationalität, die Sinneserfahrung und Emotionalität einschließt, die die visionäre Hoffnung auf städtebauliche Innovation mit der Erinnerung an kulturelle Errungenschaften verbindet.

So verstanden, mündet die städtebauliche Neugestaltung von Stadt (-teilen) nicht mehr in das Überstülpen, das Implantieren einer abstrakten Ordnungsvorstellung, sondern wird zu einer - architektonisch/ästhetischen - Auseinandersetzung mit dem konkreten Ort, seinen Entstehungsbedingungen, vorhandenen städtebaulichen Strukturen und seinen speziellen städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten."

Michael Koch  
Städtebau zwischen Komplexität und Komplexen  
Revision der Moderne: Collage City  
Hamburg 1994

## Ausgangs-Thesen

1. Das Gebiet ist eine klar definierte soziale Einheit, ein Wohngebiet mit 8.986 Einwohnern (1990).
2. Das Gebiet ist eine klar definierte städtebaulich-räumliche Einheit.
3. Das Gebiet ist historisch klar definiert und untrennbar verbunden mit der Geschichte Berlins seit 1945.
4. Das Gebiet ist ein wichtiger Ort der Identität Ostberlins und damit Berlins.
5. Das Gebiet hat eine Struktur, die weitergedacht und weitergebaut werden kann (das Potential der "leeren Stadt").

## Fazit

Das Gebiet scheint alle Voraussetzungen für eine aus der eigenen Identität erwachsenden Entwicklung, unter Einbeziehung aller vorhandenen Potentiale, zu haben. Vielleicht entsteht hier auch eine Möglichkeit für eine neue Kultur des Umgangs mit Stadt und Menschen, Bewohnern und Besuchern.

"URBS" UND "CIVITAS", nur aus beidem, aufeinander abgestimmt, wird LEBENDIG E STADT."

H.W. Hämer  
Dezember 1996

Aus den aufgeführten analytischen Ansätzen ergibt sich folgender Lösungsvorschlag.

Das Gebiet wird mit einem Netz von Aktionsfeldern überzogen. Diese Felder sind Resultat der Neugliederung und des Weiterbaus der Straßenräume (s. h. Darstellung der Straßenprofile), der Neuordnung der Grün- und Freiräume und respektieren den Bestand.

Diese Aktionsfelder sind Orte baulicher Aktivitäten.

Wir nennen sie Quartiere.

Die Quartiere sind räumlich klar definiert (Bauflichten und Bauhöhe) umfassen den Bestand und sind somit auch sozialer Rahmen.

Die Höhenbegrenzung der möglichen Bebauung sollte 18 m nicht überschreiten, um die Struktur der 8 bis 10-geschossigen Scheiben noch erlebbar zu machen.

Der Grad ihrer Überbauung wird alternativ diskutiert.

Eine Entscheidung über die Dichte kann nur Resultat weiterführender Überlegungen sein, es wird hier also nur ein struktureller Rahmen gesetzt.

Innerhalb der Quartiere werden Bauspuren

(Streifen, auf denen gebaut werden kann) definiert.

Sie sind Resultat der durch die vorhandene Bebauung vorgegebenen Ordnung und können individuell "gefüllt" werden.

Das Netz der Quartiere ordnet die innere Struktur des Gebietes, die Ränder bleiben im Wesentlichen unberührt.

Besondere Bedeutung kommt dem Straßenraum der Allee zu. Es wird ein großer städtischer Grünraum vorgeschlagen, mit stark reduzierten Verkehrsflächen als Freiraumkontrast zur Bebauung Alexanderplatz und als Grüne Mitte des Wohngebietes.

Die Bebauung der Holzmarktstraße (Streifen zwischen Straße und Hochbahntrasse) ist nicht direkt Bestandteil der Gebietes, aber für das Ausbilden des Straßenraumes Holzmarktstraße entscheidend. Es wird, ausgehend vom Bestand, eine zweischalige Bebauung vorgeschlagen, die maximal in Richtung Alexanderstraße verlängert wird und einen Abstand zur Hochbahntrasse hält. Die straßenbegleitene Schale nimmt die Höhe des bestehenden Altbaus auf, die bahnseitige Schale sollte die Dominanz des Neubaus an der Michaelbrücke respektieren und eine Höhe von 33 m nicht überschreiten.

Dieser Planungsansatz schafft den Rahmen für Varianten unterschiedlich starker Verdichtung.

Grundlage des planerischen Vorgehens ist das phasenweise Entwickeln des Gebietes.

"Jede auf grundsätzlich neue Qualitäten zielende Totalplanung wird sich, sobald sie ad hoc umgesetzt wird, als ein lebensgeschichtlicher Bruch für die Betroffenen auswirken. Im Extremfall werden sie zu Heimatlosen im angestammten Revier."

Wolfgang Kil

Identität entsteht durch Aneignung

Risiko Stadt? Perspektiven der Urbanität

1995

Geliebte Berlin,

Du große Geschundene, Rehabilitierte und Überlebende. Jetzt hat man sich wieder eine Kur für dich ausgedacht. Die können dich einfach nicht in Ruhe lassen und ein Chirurg aus Hamburg träumt von einer Operation am offenen Herzen, die er mit dir machen möchte. So mutig fühlen sie sich, betrachten dich wie eine alte Straßenhure, da du alle zu dir kommen läßt, die Punker und Planer, die Rumänen und Investoren, die Bürger und die Abenteuerlichen, die Aldis und die Baldis, die mit und die ohne Geld.

Alle kommen sie zu dir, allen machst du es und läßt es dir gefallen, nur zu oft hast du dich dabei verschluckt und übernommen, bist aufgequollen und abgemergert, bis zu dieser ehrlichen Haut, die du heute zu Markte trägst. Du lächelst nicht mehr so falsch und blöd, hast es nicht mehr nötig dir etwas vorzumachen, dich aufzupeppen. Zu viele Organe nahm dir schon weg, pflanzte neue ein, doppelt, dreifach, fremde Spender oft. Stolz zeigst du nun deine Narben, aber die Passanten glaubten, du wolltest Mitglied und riefen die Planer: "Seht ihr nicht, wie schlecht es der geht, kommt bringt auf die Intensivstation, wir können den Anblick ihre Freiheit nicht länger ertragen" Geliebte Berlin.

Schon oft waren die Planer gekommen mit ihren Theorien und probierten sie an dich aus, du große Probandin des Jahrhunderts. Kaum hatten sie ihr Werk an dich vollbracht, hieß es, „Ouo h ..., es ist dumm gelaufen, nur weg hier, wir wollen ja nicht selbst in unseren Experimenten leben, dafür sind die Berliner da.

Jetzt aber sind sie vorsichtiger geworden, schauen in dein verlebtes Gesicht und spüren die Würde mit der du all die Kriege, Jahre und Staaten, die Pläne und Schnitte ertragen hast. Nun lebst du da mit deinen wilhelminischen Perücken und sozialistischen Platten, zwischen Waschbeton und Stuckfassade, streckst deine Glieder und sagst dir:

„Ach, las die Planer und Bagger doch noch einwenig nähen und füllen, ein paar hohle Zähne ziehn und die Brachen liften,... ich habe mich jetzt breit genug gemacht, meine Kinder sind selbst schon alt und meine Enkel sehe ich nur noch von weitem, lasst ihnen Platz zum spielen. Jetzt liege ich ruhig und breit in diesem Urstromtal, lasse die Nacht hinein, möchte schlafen gehn und sehen wie es Morgen wird.“



# Strieder sieht Verschwörer und Rückwärtsgewandte

Auf dem Stadtforum zum Planwerk Innenstadt rechneten die Ost-Berliner Architekten mit den West-Berliner Planern ab

VON EVA SCHWEITZER  
 „Worüber reden wir hier?“ fragt Karin Bäumen. Bausiadrätin von Mitte. Eigentlich sollte auf dem Stadtforum, das am Freitag im Staatsrat tagte, eine Zwischenbilanz des „Planwerks Innenstadt“ gezogen werden. mit dem Stadtentwicklungssenator Peter Strieder und sein Staatssekretär Hans Stimmann in den letzten Monaten für Aufregung sorgten, vor allem im Ostteil der Stadt. Denn das Planwerk führt die alte Stadtmitte wieder auf ihren historischen Grundriß zurück. Es engt Straßen ein, bebaut Parks und stellt barock anmutende Hauschen vor die Platenscheiben des DDR-Städtebaus. Kurz: Das Planwerk ist eine gnadenlose Abrechnung mit dem DDR-Städtebau der sechziger Jahre.

Gleichwohl hält es Strieder für ein linkes Konzept. Er appelliert an Grüne und PDS, ihre Vorbehalte aufzugeben, verweist auf die scharfe Kritik von CDU und Autolobby, vergebens. Er bleibt in der Defensive. Und eine Zwischenbilanz kann er auch nicht vorweisen. Zumindest hat er nicht - wie manche gehont hatten - einen neu gezeichneten Plan mitgebracht, der die bisherige Kritik aufgenommen hätte. Er verweist auf 13 Arbeitsgruppen, von denen aber offenbar erst zwei so recht arbeiten. Eine davon gilt dem Kulturforum, mit dem sich auch Senatsbaudirektorin Barbara Jakubeic gerade

befäßt, parallel zum Planwerk, aber vollkommen unabhängig davon. Gleichwohl nennt Stne-



BRUNO FLIERL: „Wir brauchen nicht schon wieder blühende Stadcland-schaften aus dem Westen“.



MANFRED ZACHE: „Man muß Rücksicht nehmen auf die vorhandene Typologie eines Stadtgebiets“.

der die Kritiker „zu simpel“, „rückwärtsge-wandte“ und „Verschwörungstheoretiker“.

Aber um Inhalte geht es heute gar nicht. Strieder will die Diskussion in

der Schwebe halten und damit sich in der Diskussion. Und hier und heute will er einen Kapitalfehler ausbügeln, der einem Profi eigentlich gar nicht hatte passieren dürfen: Nur West-Planer durften in seinem Planwerk die Ost-Mitte umgestalten. Was hieß, die Ost-Berliner waren erst einmal grundsätzlich dagegen. Deshalb können nun fünf Fachleute aus dem Ostteil ihre Stadthälfte verteidigen, was sie auf ganz unterschiedliche Weise tun.

Der erste von ihnen ist Bruno Flierl, Architekturkritiker und eine Art „Elder Statesman“. Flierl möchte eigentlich gerne dazugehören, weiß aber, daß sich sein Einfluß daraus speist, daß er als Kritiker gilt, als Opposition. Deshalb laviert er. Er rängt an mit dem Hinweis, er rede hier als Kritiker, nicht als Ost-Berliner. Er sei auch für Umgestaltung. „Fragt sich nur, für welche.“ Aber für dieses Planwerk ist er nicht. Denn das nehme mit seinen Bildern, seinem fertigen Plan schon vorweg, was es doch erst suchen solle. Andererseits kritisiert Flierl, daß es mit dem Planwerk so langsam vorangehe. Und überhaupt sei es nur „Prosa“, solange das Werk rechtlich nicht abgesichert sei. Flierl schließt mit den Worten: „Wir brauchen nicht schon wieder blühende Stadtlanschaften aus dem Westen“. Beifall. Wir?

Die Diskussion wendet sich nun dem Thema „Wem gehört die Stadt“ und „Die Stadt

ist eine Immobilie“ zu. Strieder glaubt, daß die Zeit der Mieterscadt vorbei ist und setzt auf „klemteiiiges Wohneigentum“, was strenggenommen überhaupt nichts mit dem Planwerk zu tun hat. Trotzdem greift der Architekturkritiker Wolfgang Kil im Publikum den Faden auf und attackiert Strieder. Dieses Konzept führe zur Verdrängung ärmerer Mieter, er lehne es ab. In die gleiche Kerbe schlägt die Grüne Ida Schillen. Karin Baumelt wirft Strieder vor, er wolle die Stadt verkaufen. Aber nein, das will Strieder mitnichten. In seiner, der Striederschen Bodenpolitik, haben städtische Interessen den Vorrang vor „kurzfristiger Versilberung“ von Grundstücken. Wobei Stneider für Bodenpolitik genauso wenig zuständig ist wie für die Entscheidung, ob Miet- oder Eigentumswohnungen gebaut werden.

Vom Podium herab spricht nun Manfred Zache, ebenfalls Architekt aus dem Ostteil. Er hat in den sechziger Jahren die Hochhäuser auf der Fischerinsel geplant, wofür ein ganzes Altstadtquartier abgeräumt wurde. Er fordert Rücksicht auf die heute - vorhandene Typologie. Zache hat nichts gegen das Planwerk, findet es aber nicht gut, daß es in Hinterzimmern ausgekugelt werde. Nach Zache wirft die Kulturwissenschafte-Annaliese Neef einen Blick in die

Zukunft. In der postindustriellen Gesellschaft gebe es immer weniger Industrie, dafür Heimarbeit und Arbeitslosigkeit. Darauf müßten die Stadtplaner Antworten finden. Das Thema von Bernd Hunger ist Aneig-



ANNELIESE NEEF: „Die Stadtplaner müssen Antworten auf die postindustrielle Gesellschaft finden“.



BERND HUNGER: „Viele Orte hat das Planwerk schon zerstört, oder es droht, sie zu zerstören.“

nung und Wahrnehmung. Hunger, auch Ost-Berliner Architekt, führt

Bilder vor, Dias. Sie zeigen Freiräume im Ostteil der Stadt. Die sagt Hunger, „das Planwerk zu zerstören droht oder schon zerstört hat“. Aber die Dias zeigen noch etwas anderes: nämlich, daß die Wahrnehmung im Auge des Betrachters liegt. Die Orte, die dem West-Berliner als unwirtliche Hochhausstrecken erinnerlich sind, mit kargen Geschäften und ebensolchen Cafés, sind auf Hungers Dias besonnte Straßen voller flanierender Menschen.

Zum Beispiel das Lindencorso - hier war die Bauakademie der DDR untergebracht an der Hunger selbst arbeitete - mit seinem kleinen Vorplatz, dem Springbrunnen und dem Cafe Espresso. Das Cafe sei ein Treffpunkt gewesen, sagt Hunger, ein subversiver sogar. Inzwischen steht dort das neue Lindencorso, der Platz ist überbaut. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, vor dem Hotel Unter den Linden gibt es den öffentlichen Raum noch. Nur benutzt ihn niemand mehr, was aber auf dem Dia nicht auffällt. Die nächsten Dias zeigen den „grünen Platz“ (Hunger) um den Fernsehturm und den „städtischen“ Alexanderplatz. Man sieht Mütter mit Kindern in der Sonne. Die Wessis im Publikum reiben sich die Augen. Wo auf den Bildern sind denn die bettelnden Punks, die Obdachlosen und die Hüchenspieler?

Peter Meyer, der „Lunge Wilde“ unter den Ost-Architekten, verdammt schließlich das Planwerk in Bausch und Bogen. Die Pläne nähmen das Strickmuster des Stadtteils

nicht auf. Sie verstünden den DDR-Städtebau nicht einmal, sondern entstellten ihn. Etwa die Karl-Marx-Allee: Hier plant Snn-mann dreistöckige Hauschen auf barocken Parzellen, direkt neben achtgeschossigen Wohnscheiben aus der DDR-Zeit -Das parodiert und entwertet den DDR-Städtebau", sagt Meyer. Und zur Landsberger Allee, die laut Planwerk wieder durch die Häuser gebrochen werden soll. wirft er Stimmann vor:

„Sie zaubern eine Straße von irgendwann aus dem Nichts hervor“. Worauf der Staatssekretär, den es kaum mehr im Sessel hält, ruft: „Eine Straße von 1965. junger Mann“.

Meyer hat - im Auftrag des Bezirksamtes - eigene Pläne für die Karl-Marx-Allee entwickelt Er ergänzt die Hochhauser durch Scheiben, die rechtwinklig dazu stehen. Nun sagt Stimmann, die großen Wohnscheiben seien ein Ausdruck sozialistischen Wohnens gewesen: viele Menschen, die gemeinsam und gleich billig zur Miete wohnten „Aber das Modell ist gegen die Wand gefahren. Heute müssen wir anders bauen“.

Fast subversives Verständnis für Strieder und Stimmann zeigte Ludwig Krause, ein älterer Architekt aus dem Ostteil. Es sei doch schön, wie sich die fünf Architekten auf dem Podium unterschiedlich darstellen könnten, was sie doch zu DDR-Zeiten nicht gedurft hätten. Andererseits sei es schade, daß sie ihre Potentiale bisher nicht in das Planwerk hätten einbringen können. A wie das Planwerk präsentiert wird, provoziert es mehr Feinde als Freunde“, sagte Krause.



PETER MEYER: „Das Planwerk entwertet und parodiert den Städtebau der DDR.“

Alle Fotos: Honan Meuser

## Orientieren an welcher Schicht?

### Bericht der Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe des Stadtforums formulierte die folgenden Empfehlungen an Senator Stedter:

1. Es ist gelungen, ein wichtiges Spektrum kritischer Einwände aus dem Ostteil der Stadt in grundsätzlichen wie in Snzelfragen in den Erörterungsprozeß einzubringen. ( )

4. Ein zentraler Dissens besteht weiterhin in der Frage, an welcher historischen Schicht sich die künftige Entwicklung des Stadtraums orientieren so!). Nach Auffassung der Lenkungsgruppe kann diese Frage nur differenziert für die einzelnen Teilräume der Innenstadt beantwortet werden.

5. Erheblicher Aufarbeitungsbedarf besteht in der Frage, welchen Beitrag das Planwerk bei der Bewältigung des, Wandels der gesellschaftlichen Rati'-menbedingungen und der städtischen Funktionen leisten kann. Die von der Senatsverwaltung eingerichteten Planungswerkstätten müssen die Analytik der einzelnen Teilräume, wie sie durch das -Planwerk vorgegeben werden, fachlich qualifizieren. Dies betrifft ins-

besondere das problematische Verhältnis von vorhandenem Bestand und historischer Orientierung. Die Planungswerkstätten dürfen nicht in den Maßstab der Einzelarchitektur verfallen. (-)

6.2. Die Arbeit der Planungswerkstätten ist notwendig, aber nicht ausreichend. Vor allem muß untersucht werden, in welchen Rechtsformen die neu zu schaffenden Wohnungsbauposten zu einer Forderung des Eigentums auf "breite Schichten beitragen können. ( )

6.4. Prioritätensetzung und zeitliche Stufung müssen den Blick freimachen für die Notwendigkeit von Zwischenlösungen (Zeitperekow 5 bis 10 Jahre) in Teilräumen, in denen nur geringer Entwicklungsdruck besteht. Zu denken ist hier an die Qualitätsverbesserung der öffentlichen Räume durch Inszenierungen oder befristete Nutzungsmöglichkeiten.